



Europa braucht neutrale Staaten, um wieder Stabilität zu bekommen»

«Die Politik Ungarns oder der Türkei ist im Ukraine-Krieg neutraler als die Politik der Schweiz»

Interview mit alt Botschafter Dr. György Varga*

Zeitgeschehen im Fokus Sie waren lange als Botschafter tätig. Haben Sie im Laufe der Jahrzehnte eine Veränderung der Diplomatie festgestellt?

alt Botschafter Dr. György Varga Vieles veränderte sich in den letzten drei Jahrzehnten. Vor mehr als 30 Jahren vollzog sich der Regime- und Systemwechsel in Ungarn und den anderen osteuropäischen Staaten. Das führte zu komplett anderen Sichtweisen. Aber auch heute kann man Veränderungen feststellen, leider nicht immer zum Guten. Gerade in der Frage der Neutralität hat sich vieles nicht zum Besseren verändert.

In den 90er Jahren hatten wir die Bewegung der Blockfreien Staaten, die seitdem völlig in Vergessenheit geraten ist. Diese Bewegung umfasste fast 120 Länder, das sind beinahe ein Drittel der Uno-Staaten. Sie hat dazu beigetragen, ihre Länder aus dem Kalten Krieg zwischen beiden Blöcken und aus der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Konfrontation herauszuhalten. Wenn wir das heute betrachten, haben wir nur Staaten, die Mitglieder von

militärischen oder wirtschaftlichen Blöcken sind, oder Partnerländer, die sich diesen Blöcken annähern wollen. In Europa haben Nato- und EU-Erweiterung in den letzten 20 bis 30 Jahren viele bündnisfreie Länder auf einen rigiden transatlantischen Kurs gebracht. Nicht einmal diejenigen, die ausserhalb der Integration dieser Organisationen blieben, konnten ihre Neutralität und eine souveräne multipolare Aussenpolitik bewahren. Die Praktiken der EU führten dazu, dass die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik sogar schon vor dem Krieg in der Ukraine den Abbau der Neutralität im System des kollektiven Wesens unterstützte. Die auf Ebene der EU verhängten Sanktionen involvierten verfassungsrechtlich neutrale Länder institutionell in Aussen- und Sicherheitskonflikte, unabhängig davon, wie sich das auf ihre Neutralität auswirkte.

Schauen wir nach Österreich. Wichtige Uno-Institutionen und die OSZE hatten dort ideale Voraussetzungen zur Bewältigung der Sicherheitsprobleme in der Welt, weil es als neutraler Staat allen gleiche Bedingungen gewährte, also ohne jemandem einen Vor- oder Nachteil zu verschaffen. Heute kann davon keine Rede mehr sein. Auch bei der Schweiz lässt sich ein ständiger Abbau der Neutralität beobachten.

Weil Sie die Schweiz erwähnt haben, interessiert es mich, wie Sie die Schweiz vor dem Ukraine-Krieg im diplomatischen Leben wahrgenommen haben, also bevor der Schweizer Bundesrat den Schritt gemacht hat, sich auf die Seite der Ukraine zu stellen und die Sanktionen zu übernehmen.

Als Diplomat habe ich das Be-



alt Botschafter Dr. Varga (Bild zvg)

INHALT

Wann haben Tod, Elend, Leid und Trauer auf beiden Seiten ein Ende?

von Thomas Kaiser **5**

«Frieden ist ein Menschenrecht»

Interview mit Prof. Dr. Alfred de Zayas **7**

Der nächste Krieg kennt keine Gräber

von Dr. Stefan Nold **11**

Syrien in Trümmern – und was die Medien verschweigen

von Karin Leukefeld **13**

Georgien: «Starke Kräfte wollen einen Maidan inszenieren»

Interview mit Andrej Hunko, MdB **16**

Unter das Joch von EU und Nato oder unabhängig und neutral bleiben?

von Dr. Henriette Hanke Güttinger **19**

«Frieden zu Hause – Frieden in der Welt!»

von Dr. Leo Ensel **21**

Welches Wertegerüst in Zeiten bröckelnder Werte?

von Dr. Ivo Zanoni **23**

Die Freude am Lesen, Empathie und Menschlichkeit fördern

von Susanne Lienhard **25**

«Dass ich einmal in einem so schönen Klassenzimmer sein darf, hätte ich nie im Leben gedacht»

Interview mit Alex Weigel **27**

* **György Varga** war ungarischer Diplomat mit Spezialisierung auf den postsowjetischen Raum. Er hat in Theorie der internationalen Beziehungen promoviert und als Universitätsdozent strategische Planung, Sicherheitspolitik und Theorie der internationalen Beziehungen gelehrt. Als Diplomat vertrat er Ungarn in der Ukraine, in Moskau, er war Botschafter in Moldawien und von 2017 bis 2021 Leiter der Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Russland. In dieser Funktion verbrachte er die vier Jahre vor dem Krieg im Namen der 57-Länder-Organisation in einem Teil Russlands und im Gebiet des Donbas, das nicht von der ukrainischen Regierung kontrolliert wird. Er leitete eine ununterbrochene internationale Überwachung, die zur Lösung des Konflikts beitragen sollte. Varga ist Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA).

sondere der Schweiz immer gespürt, sozusagen gefühlt, im Kontakt mit Schweizer Diplomaten. Sie waren immer zuverlässig. Der tiefere Grund war die Neutralität. Als ich in Kiew, in Moskau oder in Chisinau als Botschafter arbeitete, gab es immer wieder Sitzungen mit anderen Botschaftern. Die Anwesenheit eines Schweizers war ein Signal, dass diese Sitzung eine höhere Legitimität hatte als eine Sitzung ohne einen Vertreter der Schweiz. Es gab eine andere Stimmung, das war atmosphärisch, ich kann das nicht beschreiben, das ist etwas Psychologisches, ein zwischenmenschliches Element. Unter verschiedenen Menschen gibt es ein oder zwei Personen, zu denen man hundertprozentiges Vertrauen hat, ohne Beweise dafür liefern zu können. Man empfindet das nur durch die Tatsache, dass der Schweizer Vertreter eine spezielle Haltung und Sichtweise hat, und zwar im Wesen der Schweizer Neutralität begründet.

Der Schweizer Thomas Greminger amtierte als Generalsekretär der OSZE, als ich im Jahre 2017 dort begonnen hatte. Es war für mich sehr positiv, dass ein Schweizer Diplomat die OSZE leitete. Es war sehr beruhigend. Die Arbeit in der OSZE musste objektiv und ausgewogen sein. Während meiner Anwesenheit habe ich bei Thomas Greminger genau das empfunden.

Wie empfinden Sie heute die Position der Schweiz seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs?

Die Politik Ungarns oder der Türkei ist im Ukraine-Krieg neutraler als die Politik der Schweiz. Die Irrationalität im Westen führt zur Destabilisierung des bisherigen Weltsystems. Unter diesem Phänomen können wir den Abbau der Neutralität beobachten. Die Schweiz verliert sehr viel: über zweihundert Jahre Neutralität. Warum gerade heute die Neutralität aufgeben, obwohl sie wichtiger ist denn je? Die Menschen in anderen Ländern verstehen nicht, warum die Schweiz ihre Neutralität immer weiter abbaut. Ich habe grosse Bedenken, dass sie die Neutralität vollständig verlieren wird. Meine Sorge betrifft nicht nur die Schweiz und die Menschen, die

über Jahrzehnte in Frieden leben konnten. Auch wir in den anderen Ländern werden sehr viel verlieren, denn die Welt braucht diese neutralen Staaten, um wieder Stabilität in Europa zu bekommen. Ich sehe den momentanen Prozess mit sehr unguuten Gefühlen.

Menschen in allen Ländern der Uno nehmen Veränderungen in der Aussenpolitik der Schweiz sehr ernst. Als Nicht-Schweizer nehme ich wahr, dass ein Teil der politischen Eliten bereit ist, die wichtigsten Elemente der Neutralität aufzugeben. Aber nicht nur die Politik, auch die Wirtschaft wird betroffen sein. Warum sollten die Menschen in Ungarn oder in Europa, Araber, Chinesen, einzelne Staaten, wohlhabende Personen oder Millionen von «gewöhnlichen» Menschen weiterhin ihr Vermögen in Schweizer Banken anlegen, wenn diese Banken nach dem kürzlich ergangenen «Werturteil» des politischen Westens jederzeit das Vermögen politisch blockieren, veruntreuen oder als «Hilfsgelder» einem anderen Land übergeben können? Ich erinnere mich an die Zeit des Sozialismus der 80er Jahre. Damals war ich 40 Jahre jünger, aber wir wussten, dass unser Geld in der Schweiz sicher ist. Das wussten die Menschen auf allen Kontinenten. Ich habe wirklich grosse Bedenken, wenn die Schweizer Politik den Prozess nicht stoppt.

Auch in der EU haben wir seit dem Ukraine-Krieg keine neutralen Staaten mehr. Was heisst das?

Ich möchte daran erinnern, dass die EU während des Krieges in der Ukraine kein einziges Mal zu Verhandlungen aufgerufen hat. Österreich, auch Finnland und Schweden verstanden sich bis 2022 als neutrale Staaten, heute haben sie diesen Status verloren. Wenn wir sehen, dass Österreich eine Kriegspartei finanziert, dann ist es kein neutrales Land mehr. Das sind die US-amerikanischen und transatlantischen Interessen in Europa. Die EU erlaubt ihren Mitgliedsstaaten – auch den «neutralen» sowie den Beitrittskandidaten – keine souveräne Aussenpolitik. Nehmen wir die Republik Moldau, Serbien oder Georgien, die weder der Nato noch der EU

angehören. Sie stehen unter ständigem Druck, die EU-Sanktionen gegen Russland vollständig mitzutragen, auch wenn sie gegen ihre eigenen nationalen Interessen verstossen. Moldau hat sich den EU-Sanktionen gegen Russland angeschlossen und sich an politischen Erklärungen des Westens beteiligt. Natürlich wird ein postsowjetisches Land, einer der 15 Nachfolgestaaten der Sowjetunion, bei Übernahme der Sanktionen eigene Verluste erleiden. Dieses Vorgehen zeigt eine grosse Veränderung in der europäischen und in der multilateralen Diplomatie. In der Uno können Mitgliedsstaaten der Nato und der EU sowie deren Beitrittskandidaten und Partnerländer nur geschlossen auftreten, haben keinen eigenen Spielraum und müssen den Vorgaben der Organisationen folgen. Zusätzlich sind sie noch dem Druck der Medien ausgesetzt. So wird die Welt in Blöcke aufgeteilt und von Globalisten regiert.

Das heisst doch, dass die Souveränität der Länder nicht mehr existiert. Die Grossen in der EU geben die Richtung vor, und die übrigen Mitgliedsstaaten haben sich daran zu halten.

In Ungarn haben wir diese Praxis im Sowjetblock gesehen, ebenso die DDR-Bürger. Vor 34 Jahren haben wir geglaubt, dass wir dieses Vorgehen vergessen können.

Nach dem Ende des Warschauer Pakts wurden die Karten neu gemischt. Wäre hier nicht eine Möglichkeit gewesen, einen neutralen Gürtel mit den ehemaligen Warschauer Paktstaaten zu implementieren – die Bildung eines Cordon Sanitaire, also einer Linie neutraler Staaten, die eine direkte Konfrontation zwischen Ost und West hätten verhindern können?

Ich glaube ja. Damals hätten die USA und die Grossmächte in Europa die Gelegenheit nutzen müssen, eine langfristige Stabilität in Europa zu bilden. Dieser Weg wurde damals auch von Russland unterstützt. Militärisch hätten wir einen Cordon Sanitaire einrichten müssen. Heute erinnern wir uns, dass die Ukraine selbst ein verfassungsmässig neutrales Land war.

Doch 2008 wurde auf Druck der USA die Ukraine als potentiell Nato-Mitglied benannt. Das geschah trotz der Unabhängigkeitserklärung mit immerwährender Neutralität und Blockfreiheit, die auch von der Verfassung (1996) bekräftigt wurden, und trotz fehlender gesellschaftlicher Unterstützung für eine Nato-Mitgliedschaft. Seit dieser Zeit wird die Ukraine von allerlei Krisen heimgesucht: Putsch 2014, Verlust der Krim 2014, Bürgerkrieg zwischen 2014 und 2022, Krieg seit 2022. Die Geschichte der Ukraine zeigt, dass die Neutralität für ihre Entwicklung besser gewesen wäre als die Anlehnung an die Nato.

Gehen wir nochmals zurück in der Geschichte. Wäre die ungarische Bevölkerung bereit gewesen, Ungarn zu einem neutralen Land zu machen?

Ungarn blieb bis 1999 ein neutrales Land. Die Geschichte von Ungarn ist europäische Geschichte. Unsere gemeinsame Geschichte mit Österreich, mit Deutschland, mit Ländern in der Nachbarschaft wie die Slowakei, Tschechien und Polen, das ist eine westliche Geschichte. Wir hatten ein natürliches Bestreben, uns Richtung Westen auszurichten. Die Situation ist etwas anders als bei den Nachfolgestaaten der UdSSR. In Ungarn hatten wir uns sehr gefreut, die liberalen Ideen in unserem Land umzusetzen. Im sowjetischen Block gab es keinen Liberalismus. In den 90er-Jahren waren die liberalen Kräfte in Europa sehr stark. Aber heute können wir das Gegenteil erkennen. Die Verabsolutierung des Kriegs in der Ukraine hat in drei Jahren zu einem sichtbaren Chaos geführt, und die liberalen Werte wie Informationsfreiheit, Unverletzlichkeit des Eigentums, barrierefreier Zugang zu Informationen, Verbot von Kollektivstrafen wurden vom kollektiven Westen ausser Kraft gesetzt. Russland wird dämonisiert und entmenschlicht, um die Sanktionspolitik, die es bisher in so einem Ausmass nicht gegeben hat, zu rechtfertigen und die grossen Verluste, die daraus resultieren, zu vertuschen. Unser Regierungschef, Viktor Orbán, will an

die friedliche Zeit der 90er Jahre anknüpfen. Wir wollen kein Chaos, sondern gute Beziehungen mit allen Akteuren. Das ist der Grund, warum wir etwas anderes möchten als der Mainstream.

Es ist feststellbar, dass Viktor Orbán aus der Sicht der EU immer wieder aus der Reihe tanzt, weil er gewisse Entwicklungen ihrer Politik nicht mittragen will. Er nimmt in der Zeit der EU-Ratspräsidentschaft eine aktive Rolle ein, um im Ukraine Konflikt zu vermitteln. Wie sehen Sie das?

Seit Beginn des Krieges hat die ungarische Regierung im Rahmen der EU und der Nato immer vorgeschlagen, den Konflikt zu isolieren und mit diplomatischen Mitteln zu lösen. Zusammen mit dem Regierungschef der Slowakei, Robert Fico, steht sie für einen anderen Kurs. Leider haben andere Staaten der EU und der Nato die Option gewählt, den Konflikt nicht zu isolieren, sondern zu internationalisieren und jetzt nach den Wahlen in den USA als Vorbereitung auf die Trump-Administration zu europäisieren. Das bedeutet, den Krieg zu übernehmen und weiter Krieg in Europa zu führen.

Wie stellt sich die Bevölkerung in Ungarn zu der Internationalisierung des Kriegs?

Die absolute Mehrheit ist der Meinung, dass man diesen Krieg beenden muss. Die Sanktionen gegen Russland, die nicht von der Uno erlassen wurden, haben negative Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung. Wir sehen täglich eine Verschlechterung der internationalen Beziehungen und die Konsequenzen für uns. Die globalen negativen Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen auf die Lebensverhältnisse in Ungarn und in Europa sind deutlich spürbar. In diesem Zusammenhang ist es erschreckend, den Untergang der deutschen Wirtschaft zu studieren. Ungarn ist ein sehr enger wirtschaftlicher Partner Deutschlands. Wenn Deutschland «untergeht», wird das Folgen für die ungarische Wirtschaft haben.

Es macht Mut, dass es Menschen in Ungarn gibt, einschliesslich der Regierung, die sich dafür stark ma-

chen, den Krieg durch Diplomatie zu beenden.

Ich bin nicht meiner Regierung untergeordnet. Ich bin ausser Dienst und kann die Aussenpolitik der Regierung neutral beurteilen. Viktor Orbán hat eine dauerhafte und vertretbare Position, indem er den diplomatischen Weg gewählt hat. Die alternative Option, den Krieg fortzusetzen, sogar zu eskalieren, hat eindeutige Folgen: eine ruinierte Ukraine und eine zunehmende Wirtschaftskrise in Europa. Ungarn hatte die Ratspräsidentschaft der EU in einer äusserst schwierigen Zeit übernommen. Um während dieser kurzen Zeit die Lage in Europa zu verbessern, setzte Viktor Orbán seine Autorität ein und besuchte im Juli Moskau, Kiew, Washington, Peking und Florida, das heisst Donald Trump. Er traf sich mit den Präsidenten der erwähnten Länder, um einer diplomatischen Lösung des Krieges näher zu kommen. Dabei stimmten die Absichten Orbáns nicht mit der Vorstellung des kollektiven Westens überein. Letzterer bevorzugt die Fortsetzung des Krieges und der Sanktionspolitik. Ich sehe, was die Ursachen dafür sind. Würde man den Krieg beenden, müsste jemand im Westen die Verantwortung übernehmen. Wer hat im März 2022 vorgeschlagen, den Konflikt zu isolieren und nicht zu internationalisieren, sondern mit Verhandlungen zu beenden? Das war Viktor Orbán.

Die Kommissionspräsidentin von der Leyen drohte als Reaktion auf den Vorstoss Viktor Orbáns mit Strafmassnahmen. Wie nahm das die Politik und die Bevölkerung entgegen?

Mit Empörung, mit grosser Empörung. Die Position Ungarns und der Mehrheit seiner Bevölkerung werden sich vom Kurs, den Konflikt mit Verhandlungen zu lösen, nicht abbringen lassen. Unsere Bevölkerung versteht sehr gut, worum es geht. Sie sieht, dass es bei Fortdauer des Kriegs keine bessere Zukunft für Europa geben kann. In der Geschichte der Menschheit gab es immer wieder grosse Krisen, aber das Ziel war immer, diese zu beenden. Weder die Nato noch die EU bringen heute konstruktive Vorschläge

ein. Wenn wir den ersten Punkt des Washingtoner Vertrags [Nato-Vertrag] ansehen, beinhaltet er die Verpflichtung, Krisen mit politischen und diplomatischen Mitteln zu lösen. Die Nato und ihre Mitgliedsstaaten haben das bis heute nicht getan. Die Resolution im EU-Parlament über die Ukraine mit sehr vielen Seiten fordert eine Eskalation des Krieges in der Ukraine. Auch Ungarns Haltung war darin ein Thema.

Inwiefern?

Die EU-Kommission hat das Parlament aufgefordert, Ungarn unter Druck zu setzen, damit es den Eskalationsprozess nicht bremst. Es ist eine völlige Emotionalisierung, und es stellt sich die Frage, wen diese Abgeordneten in Strassburg vertreten. Wir können ausschliessen, dass die Völker, die Wähler in den EU-Staaten, wollen, dass ihre Vertreter einer Eskalation des Krieges zustimmen. Wir sehen die Wahlen in verschiedenen europäischen Ländern wie zum Beispiel in der Slowakei, in Rumänien, aber auch die Landtagswahlen in Deutschland. Dort gab es bemerkenswerte Ergebnisse. Die Wähler haben nicht die Regierungsparteien gewählt. In Thüringen bekam die SPD noch sechs Prozent. Die politischen Eliten wissen, was das bedeutet. Wir sehen bei den Ergebnissen in Brandenburg, dass die SPD aus der Erfahrung von Thüringen «gelernt» hat. Scholz kündigte an, die Grenzen stärker zu kontrollieren und sprach über die Notwendigkeit von Verhandlungen mit Putin. Das wirkte sich sofort auf das Wahlergebnis in Brandenburg aus. Innerhalb von zwei Wochen erkennt man einen sehr grossen Unterschied. Das heisst doch, dass dies die Themen sind, die die Menschen bewegen. Die Mehrheit will keinen Krieg. Deutschland ist zwar nicht unser Thema, aber es war immer auch eine Orientierung für mich wie auch die Schweiz mit ihrer Neutralität. Eins können wir feststellen: Herr Scholz bleibt bis jetzt konsequent, was die Lieferung von Taurus anbetrifft, denn er weiss, dass die Bevölkerung das auch nicht will.

Viktor Orbán versucht verstärkt, zu einer diplomatischen Lösung im

Ukrainekonflikt zu kommen. Auch im Bereich der Wirtschaft hat er einen Vorschlag gemacht. Was ist sein Ansatz?

Der ungarische Regierungschef kündigte vor zwei Monaten ein Programm über die wirtschaftliche Neutralität an. In der Nato und in der EU bekam er dafür bereits Kritik. Der Kernpunkt ist: Wir brauchen Vernunft, um die Lage in Europa zu normalisieren. Die Wettbewerbsfähigkeit der EU verschlechtert sich in einem Ausmass, dass es die ungarische Wirtschaft nicht mehr tolerieren kann. Die Regierung muss darauf reagieren. Die Statistiken bestätigen das: Europa hat eine sinkende Wirtschaftsleistung. Einige Staaten haben eine extreme Verschuldung. Durch die Wirtschaftssanktionen versucht man, die östliche und die westliche Weltwirtschaft zu trennen, und behauptet, China und Russland seien unsere Feinde. Wenn die EU zur Blockbildung des Kalten Kriegs zurückkehrt, werden alle wirtschaftlichen Erfolge in Europa noch weiter ruiniert. Anzeichen für diese Entwicklung sind bereits zu sehen. Die europäische Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsplätze sind in Gefahr. Wir müssen zu unseren Grundlagen zurückkehren. Die Unternehmen in der EU bezahlen Strompreise, die nahezu dreimal so hoch sind wie in den USA oder in China. Die Erdgaspreise sind fünfmal so hoch wie in den USA. Viktor Orbán sagte, mit der Normalisierung der Beziehungen zu Russland könnte Europa seinen Bedarf an Energieimporten decken. Vor 2022 gewährleistete die Einfuhr von russischem Gas über die Pipelines 45 Prozent des Gesamtbedarfs. Ungarn ist bereit, mit Partnern im Aussenhandel ohne Ideologie zusammenzuarbeiten. Die wirtschaftliche Neutralität bedeutet Zusammenarbeit im Aussenhandel ohne ideologische Einschränkungen.

Was heisst es für Ungarn, wenn die EU auf ihrem Standpunkt beharrt?

Wir brauchen diese wirtschaftliche Neutralität. Wenn man die Resolution des EU-Parlaments vom 28. November ansieht, kann man Punkte finden, bei denen die Abgeordneten Vorschläge gemacht haben, Gas, Öl und auch Uran für Nu-

klearenergie aus Russland zu stoppen. Das können wir nicht. Wir haben vier russische Kernreaktoren. Wir bauen mit den Russen zwei weitere Blöcke. Wir werden über Pipelines mit russischem Öl und Gas versorgt. Wir arbeiten schon lange mit Russland zusammen. Wir können nicht heute oder morgen den Öl- beziehungsweise den Gashahn zudrehen. Die Abgeordneten aus anderen Ländern, die solche Probleme nicht haben, schlagen solche Entscheidungen vor, die für uns schwere Konsequenzen haben.

Der Lissabon-Vertrag ist die Verfassung der EU. Gemäss diesem Abkommen haben wir das Recht, unseren Energiebedarf nach unseren Vorstellungen zu decken. Das heisst, wir können die Energieträger einkaufen, wo wir wollen. Aber das EU-Parlament respektiert das nicht. Das ist das Problem des Integrationsprozesses während drei Jahrzehnten. Wir wollen keinen Block zurückhaben, weder aus Moskau noch aus Brüssel.

Ist vielleicht ein Block aus Brüssel gar noch schlimmer als damals ein sowjetischer? Dieser hat keinen Krieg in Europa geführt.

Ja, das kann man so sagen. Die Sowjetunion hat uns nicht nach Afghanistan gebracht, aber mit den USA waren wir in Afghanistan, im Irak und heute im Kosovo. Zusätzlich versucht man, uns auch in den Ukraine-Krieg hineinzuziehen. Noch ein aktuelles Beispiel: Die Russen haben weder die Tadschiken noch die Kasachen, noch andere Länder, die Bündnispartner des kollektiven Verteidigungsbündnisses sind, in die Ukraine gebracht.

Wenn man Orbáns Initiativen betrachtet, kommt zumindest etwas Hoffnung auf. Sehen Sie ein Licht am Ende des Tunnels?

Wir könnten eine Chance durch Herrn Trump bekommen, aber es ist nicht sicher, ob Trumps Politik in Richtung Frieden geht. Durch seine bisher erklärte Position hätten wir die Möglichkeit, die strategische Linie des kollektiven Westens ändern zu können. Der neue Präsident hat versprochen, den Krieg sehr schnell zu beenden. Das muss sich auch

Ukraine

Wann haben Tod, Elend, Leid und Trauer auf beiden Seiten ein Ende?

von Thomas Kaiser

Endlich Frieden? Das Bemühen darum steht wohl bei einer Mehrheit der europäischen Politiker nicht auf ihrer Agenda. Frieden scheint zum Unwort geworden zu sein. Auch aus dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten von Bundesrat Cassis ist kein Ruf nach Frieden zu vernehmen. Es wäre aber an der Zeit, dass Bundesrat und Parlament für ein Ende des Krieges und für ernsthaftere Friedensverhandlungen plädieren und sich bewusst werden, dass sie nur etwas bewirken können, wenn sie zur Neutralität zurückfinden.

Aber Ignazio Cassis rührt lieber mit der grossen Kelle an. Er hat mit viel Brimborium eine Konferenz auf dem Bürgenstock veranstaltet und die «Grossen» der Welt – die nicht einmal kamen – zu einem «Stelldichein» eingeladen. Ein konkretes Ergebnis erreichte er allerdings nicht. Kein Mensch spricht heute noch von dieser Tagung. Der Krieg ging mit unverminderter Härte weiter. Selenskyj forderte wie gehabt weitere Waffen, auch wenn er keine Soldaten mehr hat, die diese

bedienen können.¹ Gewisse Waffen, die er verlangt, insbesondere Taurus, müssten von Spezialisten bedient werden, die es in der ukrainischen Armee aber nicht gibt. Deshalb braucht es ausländische Soldaten, die einen Einsatz in der Ukraine leisten. Sie gäben dem Krieg in jeder Beziehung eine neue Dimension.²

Gibt es ein zögerliches Umdenken?

Auch wenn man bis jetzt die Waffen sprechen lässt, ist seit ein paar Tagen trotz markiger Worte zwischen den Zeilen eine andere Diktion zu erkennen, die zumindest von der Kriegsrhetorik, die bisher die Diskussion bestimmt hat, abweicht. Selbst die Kriegstreiberin der ersten Stunde, die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock, sagte am Rande eines Treffens in Berlin mit europäischen Aussenministern, und zwar weiterhin mit ihrer sattsam bekannten Arroganz: «Es wird keinen Frieden über die Köpfe der Ukrainer hinweg geben, es wird keinen Frieden über die Köpfe der Europäer hinweg geben»,³ und weiter: «Die Ukraine braucht harte Sicherheitsgarantien. Wir Europäer

rinnen und Europäer brauchen harte Sicherheitsgarantien, die keine Brüche zeigen.»⁴ Die Aussagen lassen sich unterschiedlich interpretieren und sind nicht bar deutscher Überheblichkeit, aber das Kampfgebrüll ist etwas verhaltener. Es heisst nicht mehr: «Russland muss verlieren», «Russland wird ruiniert» oder «Unsere Waffen helfen, Menschenleben zu retten». Auch klingt es etwas anders als «kämpfen bis zum letzten Ukrainer».

Horrende Opferzahlen

In welche Richtung sich der Konflikt entwickeln wird, ist völlig offen. Ob das alles schon zum Wahlkampf gehört, weil Baerbock einer Bevölkerung gegenübersteht, die sich zunehmend kritischer zu fortgesetzten Waffenlieferungen zeigt, oder ob es ein tatsächliches Umdenken bedeutet, wird sich weisen. Die propagierten Waffenlieferungen haben nichts gebracht, ausser verprasste Steuergelder, riesige Löcher im Staatshaushalt, ein völlig zerstörtes Land und Hunderttausende von Toten.⁵

Zu den Opfern gibt es bis jetzt keine verifizierten Daten, aber die Nato spricht von 400 000 toten

auf die Prozesse in Europa auswirken. Wir müssen die Verabsolutierung des Krieges in der Ukraine und das Chaos in der Weltwirtschaft stoppen. Unter den führenden Politikern in Europa hat Viktor Orbán die besten Beziehungen zu Donald Trump. Es gibt eine Übereinstimmung im Bereich der illegalen Migration, Frieden statt Krieg und in der Bewahrung von traditionellen Werten unserer Gesellschaft. Natürlich habe ich einige Zweifel, ob er das wirklich umsetzt. Wenn wir sehen, wie sich Donald Trump vor kurzem über die BRICS-Staaten geäussert hat, ist das wenig verheissungsvoll: Wenn die BRICS-Staaten ein eigenes Geld- und Finanzsystem einführen, wird er die Zölle um 100 Prozent anheben. Niemand im Westen spricht dar-

über, dass die BRICS-Staaten durch die Blockierung des SWIFT-Systems und das Einfrieren russischer Vermögenswerte gezwungen waren, ein alternatives Finanzsystem zu schaffen. Mit anderen Worten: Es gäbe keine BRICS-Initiative für eine alternative Währung, wenn die Sanktionen der USA und der EU das internationale Finanzsystem nicht lahmlegen würden. Ich glaube, es gibt Chancen, mit Trump den Krieg zu beenden, aber ich sehe auch Gefahren. Er wird weniger Waffen liefern und dafür mehr Sanktionen verhängen. Durch das Sanktionssystem können russische Banken nicht mit unseren Banken kooperieren. Das bedeutet doch nichts anderes, als dass ein Land, die USA, die Zusammenarbeit aller Staaten untereinander blockiert. Das ist

kein Liberalismus, das ist keine freie Wirtschaft. Russland kann nicht im internationalen Zahlungssystem mitarbeiten. Russische Gelder werden im Westen beschlagnahmt. Wenn das der Fall ist, muss Russland nach Alternativen suchen. Es ist eine schwierige Situation. Ich hoffe auf ein baldiges Ende des Krieges, aber es fällt mir schwer zu sehen, wie man das Chaos beenden könnte. Die Hoffnung bleibt. Manchmal kann etwas Unerwartetes neue Chancen auf einen Frieden bewirken. An der Zeit wäre es.

Herr alt Botschafter Dr. Varga, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

und verletzten Ukrainern. Selenskyj erwähnte vor kurzem 43 000 Tote.⁶ Diese Zahl ist völlig unglaubwürdig, vor allem wenn man weiss, mit welchen Mitteln in der Ukraine rekrutiert wird, damit die Verluste an der Front ausgeglichen werden können.⁷ Im April brauchte die Ukraine 500 000 neue Soldaten.⁸ Dazu setzte Selenskyj das Rekrutierungsalter, um an die Front zu müssen, von 27 auf 25 Jahre herab.⁹ Die USA verlangten vor kurzem von Selenskyj sogar, das Alter auf 18 Jahre herabzusetzen, damit es mehr Soldaten gibt. Das Problem ist nur: Es fehlt an Ausrüstung für neue Rekruten.¹⁰

Inzwischen hat auch Selenskyj die Realität eingeholt, die er kaum noch vertuschen kann. Heute spricht er «von mehr als 400 000 Toten und Verletzten auf ukrainischer Seite.»¹¹ Wie viele es wirklich sind, weiss niemand ausser den betroffenen Staaten selbst, die aber zu Propagandazwecken die Zahlen immer kleinhalten.

Nach Nato-Angaben sollen auf der Seite der Russen 600 000 getötet und verletzt worden sein. Die russische Online-Plattform *Mediazona*, die von zwei Vertretern der Opposition gegründet worden ist, veröffentlicht andere Zahlen.¹² Nach ihrer Rechnung sind bisher ungefähr 80 000 russische Armeeangehörige ums Leben gekommen.¹³ Wann haben Leid, Trauer und Elend auf beiden Seiten ein Ende?

Kommen die Europäer Trump zuvor?

Ein Sieg der Ukraine, der mit der Rückeroberung der besetzten Gebiete erreicht sein sollte, bewegte sich schon seit Beginn des Krieges im Reich der Phantasie. Die Kriegstreiber, auch wenn noch recht beschränkt – entsprechend ihrem intellektuellen Horizont – scheinen dieses Wunschdenken wohl aufgegeben zu haben. Dass sie dabei das Entsetzen über die getöteten oder verletzten Ukrainer – Russen auf keinen Fall – zu dieser neuen Rhetorik veranlasst hat, ist eher unwahrscheinlich.

Die Bedeutung für die EU und die europäischen Nato-Staaten, wenn Trump, wie er sagt, dem weiteren Schlachten eine Absage

erteilt, ist noch nicht zu ermesen. Joe Biden stellte nochmals Waffenlieferungen, zwar in einem vergleichsweise bescheidenen Umfang, an die Ukraine in Aussicht – vielleicht das «letzte Aufgebot».¹⁴

Sollte Trump tatsächlich sein Versprechen wahr machen, stehen die Europäer mit abgesägten Hosen da. Drei Jahre haben sie den Sieg der Ukraine wider besseres Wissen beschworen. Eine Umfrage vom Februar 2024 zeigte, dass bereits damals 82 Prozent der Bevölkerung in Deutschland an keinen Sieg der Ukraine mehr glaubten, zu einem Zeitpunkt, an dem uns die Politik, die Medien und sogenannte Experten noch immer weismachen wollten, dass die Ukraine den Krieg gewinnen könne. Wie oft schon war ein Volk weiser als seine Regierung?

Sollte Trump sich also zurückziehen, was nach seinem Plan, den Konflikt einzufrieren, wie sein Sonderbeauftragter für die Ukraine, Keith Kellogg, bereits Anfang Dezember verlauten liess, sehr wahrscheinlich ist, sollen oder wollen die Europäer wie auch immer in die Bresche springen. Da sie nach Aussagen von hohen Militärs der Ukraine nicht die gleiche qualitative und quantitative Unterstützung geben können, müssen sich die Europäer etwas überlegen. Um einer drohenden Blamage zu entgehen, könnten sie Trump zuvor kommen, einen Waffenstillstand aushandeln und Friedensverhandlungen auf den Weg bringen. Dann hätten die europäischen Staaten den Krieg beendet und nicht Donald Trump. Sie könnten ihm den Erfolg stehlen.

Waffenstillstand ein Thema

Diese dunkle Vorahnung scheint auch Wolodymyr Selenskyj zu haben, wenn er nach mehr und effizienteren Waffen verlangt, um für einen Waffenstillstand bessere Karten gegenüber Russland zu haben. Emmanuel Macron äusserte sich ebenfalls zur aktuellen Lage und denkt bereits über die Sicherung eines Waffenstillstands nach: «Frankreich und Grossbritannien schmieden Pläne für eine Koalition der Willigen, die einen allfälligen Waffenstillstand auch militärisch überwachen würde.»¹⁵

Dass diese Idee, französische und britische Soldaten als Schutztruppe an der Waffenstillstandslinie zu stationieren, realitätsfremd ist, muss jedem einleuchten. Vor kurzem noch hat Macron gefordert, Kampfverbände zur Unterstützung der Ukrainer ins Land zu schicken. Jetzt sollen die gleichen Truppen einen allfälligen Waffenstillstand schützen. Dann könnte auch die russische Armee dies übernehmen. Noch ist die Vernunft nicht zurückgekehrt, aber es gibt leise Anzeichen, dass sie langsam zurückfindet. Es wäre an der Zeit. Die Hoffnung bleibt auf ein baldiges Ende aller Kriege. ■

¹ <https://www.tagesanzeiger.ch/ukraine-news-dem-land-fehlen-die-soldaten-856981564668>

² <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/taurus-marschflugkoerper-bundeswehr-moskau-faktencheck-100.html>

³ https://www.zeit.de/politik/ausland/ukraine-krieg-news-liveblog#event_id=enYt1TTk2uzB6CvmShwy

⁴ <https://www.srf.ch/audio/radio-srf-1-live-hoeren>

⁵ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1454716/umfrage/umfrage-zu-waffenlieferungen-von-deutschland-an-die-ukraine/>

⁶ <https://www.deutschlandfunk.de/wie-viele-tote-und-verwundete-gibt-es-im-ukraine-krieg-104.html>

⁷ <https://www.20min.ch/story/ukraine-krieg-razzia-kiew-rekrutierung-russland-militaer-103202016>

⁸ <https://www.merkur.de/politik/grosse-verluste-im-ukraine-krieg-us-regierung-raet-zum-einzug-von-18-jaehrigen-zr-93437938.html>

⁹ <https://www.deutschlandfunk.de/ukraine-krieg-mobilisierungsplaene-100.html>

¹⁰ <https://www.merkur.de/politik/grosse-verluste-im-ukraine-krieg-us-regierung-raet-zum-einzug-von-18-jaehrigen-zr-93437938.html>

¹¹ <https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-nato-schaetzt-opferzahl-auf-eine-million-menschen-4N5T5TKNX5F35AIVFLBBEQK5A.html>

¹² <https://specials.dekoder.org/de/meister-der-propaganda/>

¹³ <https://meduza.io/en/news/2024/11/29/more-than-80-000-russian-servicemen-confirmed-killed-in-ukraine-majority-of-whom-were-civilians-before-full-scale-war-bbc-and-media-zona>

¹⁴ <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-montag-440.html>

¹⁵ <https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-polen-gibt-macron-fuer-militaereinsatz-in-ukraine-einen-korb-ld.1862181>

«Frieden ist ein Menschenrecht»

«Unsere westlichen Politiker haben die normative Weltordnung zerstört»

Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas, Völkerrechtler und ehemaliger Uno-Mandatsträger

Zeitgeschehen im Fokus Wenn man heute von Frieden spricht, hat man das Gefühl, man sei aus der Zeit gefallen. Es ist frappant, dass Frieden zu schaffen oder Frieden zu erhalten in Europa kaum ein Thema ist. Es scheint so, als hätte man alle Erfahrungen aus der Geschichte vergessen. Empfinden Sie das auch so?

Professor Alfred de Zayas In meinem Freundes- und Bekanntenkreis ist es zum Glück nicht so. Wir wollen Frieden und tun, was wir können, um einen Waffenstillstand zu ermöglichen. Meine Professorenkollegen sind genauso über die Nato-Provokationen wie über Israels ständige Eskalationen besorgt wie ich. Meine Diplomatenfreunde in Genf streben auch den Frieden an. Allerdings wagen sie es nicht immer, sich deutlicher im Uno-Menschenrechtsrat zu äussern beziehungsweise die Kriegstreiber zu verurteilen. Jüngst meiden mich einige meiner amerikanischen Diplomatenbekanntschaften. Wenn wir aufmerksam hören, was unsere Politiker in den USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, sogar in der Schweiz von sich geben, kann man verzweifeln. Manche Politiker und Medien wollen offenbar Krieg und halten nichts von Diplomatie. Sie meinen allen Ernstes, dass Putin nur blufft, und denken, dass man einen eventuellen Nuklearkrieg gewinnen könnte und überleben würde.¹ Wenn man die Medien liest, wird einem klar, wie verantwortungslos die Politiker und Journalisten sind, wie dreist sie lügen, wie dreist sie eine Einheitsmeinung vertreten. Die *New York Times*, *Washington Post*, *CNN*, *BBC*, *Le Monde*, *Le Figaro*, *France-Info*, die *FAZ*, die *Zeit*, *ntv*, die *NZZ*, *RTS*, auch die *Tribune de Genève* – sie geben uns unvollständige Nachrichten und Doppelmoral: Russlands Invasion war «unprovokiert», Israels Aggressionen gegen Gaza, Libanon, Syrien ist Sicherheit oder Recht auf Selbstverteidigung.

Hat Israel ein Recht auf Selbstverteidigung?

Ja, Israel könnte sich auf Art. 51 der Uno-Charta stützen, würde es von Iran, Irak, Syrien oder der Türkei angegriffen, was aber nicht der Fall ist. Bezüglich den Palästinensern haben wir es mit einer ganz anderen völkerrechtlichen Situation zu tun. Israel ist eine Besatzungsmacht. Nach den Genfer Konventionen von 1949 und nach den Protokollen von 1977 muss eine Besatzungsmacht die Bevölkerung schützen, nicht massakrieren. Gemäss den Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 und 19. Juli 2024, nach der Sicherheitsrats-Resolution 242 vom 22. November 1967 und nach den Berichten der Uno-Sonderberichterstatterin, Francesca Albanese, muss sich Israel aus allen besetzten Gebieten zurückziehen und den Palästinensern Wiedergutmachung bezahlen. Die unhaltbare Ausrede, dass der Völkermord an den Palästinensern seit dem 7. Oktober 2023 eine Art «Selbstverteidigung» ist, hat absolut keine Gültigkeit im Völkerrecht. Es ist Hohn und Unbarmherzigkeit gegenüber den Opfern.

Was könnte der Menschheit drohen, wenn nicht endlich die Vernunft überwiegt?

Realistisch betrachtet, besteht heute die Gefahr eines Nuklearkrieges.² Die westlichen Medien wollen dies aber nicht thematisieren. Diese Gefahr ist grösser als je zuvor, gewiss höher als zur Zeit der Kuba-Krise vom Oktober 1962, die ich in Chicago sehr bewusst erlebte. Wir hatten nämlich einen Schutzbunker bei uns zu Hause in Chicago – voller Viktualien – samt Fleisch- und Sardinenkonserven, aber auch reichlich mit Schokolade und anderen Süssigkeiten ausgestattet, die mein Bruder und ich regelmässig plünderten. Damals dachten wir, vielleicht knallt es morgen oder übermorgen. Also, «carpe diem»!



Professor Dr. Alfred de Zayas (Bild thk)

Natürlich haben wir damals nicht begriffen, was das alles bedeutete, dass Apokalypse kein Abenteuer ist. Anscheinend hat das so mancher «erwachsene» Politiker nicht verstanden. Sie haben das nicht erlebt und reden darüber, als wenn es sich um ein Computerspiel handle. Wenn man jung ist, denkt man, man sei unsterblich. Heute, als alter Herr, empfinde ich es als surrealistisch, wie unsere Politiker weiterhin provozieren und eskalieren. Gleichzeitig verharmlosen sie den Völkermord in Gaza und beschuldigen Hamas und Hisbollah, nicht aber sich selbst. Sie beschuldigen Putin, nicht aber Biden, Stoltenberg, Rutte, von der Leyen, Selenskyj oder Netanjahu.

Was braucht es im Grundsatz, damit die Menschen friedlich zusammenleben können?

In erster Linie – Respekt. Aber dieser ist ziemlich abhandengekommen. Man braucht eine geistige Haltung, die nicht auf Konfrontation, sondern auf Kompromiss beruht. Auch die Vernunft scheint verloren gegangen zu sein. Ob wir es mögen oder nicht, wir haben eine eingefleischte Kultur des Krieges. Die Medien sprechen von Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten, nicht aber über die notwendige Toleranz gegenüber unterschiedlichen politischen Meinungen und Vorstellungen der anderen Menschen und Völker. Uns wird von den Medien eine Einheitsmeinung suggeriert, und wenn wir uns dagegen wehren, werden wir als Radikale oder sogar als «intellektuelle Terroristen» beschimpft.

Es stellt sich schon die Frage, warum wir nicht zu kritischem Denken fähig sind.

Das ist die direkte Folge von Jahrzehnten Indoktrinierung durch Medien, Schulen, Universitäten und so weiter. Was für Werte werden uns nahegelegt? Was verstehen wir unter Ehre und Patriotismus?³ Wer sind die grössten Menschen der Weltgeschichte? Wen sollen wir bewundern? Haben nicht etwa Kant, Beethoven, Goethe, Rilke, Victor Hugo, Gabriel García Márquez, Pablo Neruda, Henri Dunant, Bertha von Suttner, Nelson Mandela das verdient – anstatt Krieger wie Julius Caesar, Timur Lenk, Napoleon, Churchill, Patton, Barak Obama ...? Das sind Fragen, die in unseren Schulen beantwortet gehören. Heutzutage denken nur wenige Menschen unabhängig. Die Maxime von Horatius (Episteln 1, II, 40): «sapere aude – denke für Dich selbst!» ist vergessen.

Woran fehlt es in unserer Gesellschaft, die ein Zusammenspiel der Menschen darstellt?

Warum werden uns nicht die traditionellen Werte wie Anstand, Demut, Geduld, Treu und Glauben, Vergebung, Wahrheitsliebe beigebracht? Unsere Gesellschaft und unsere Medien lehren uns zwei leitende Prinzipien: «Macht ist Recht», und «der Zweck heiligt die Mittel». Wir leben nicht nach der Bergpredigt, nach humanen Grundsätzen, sondern praktizieren lieber Machiavelli. Zweifelsohne ist unsere Schulausbildung mangelhaft. Deshalb benötigen wir einen Global Pact on Education for Peace, einen globalen Pakt für Friedenserziehung. Dies habe ich als Uno-Sonderberichterstatter mehrfach vorgeschlagen. Und nicht nur die jüngere Generation muss durch eine Friedensausbildung eine neue Perspektive bekommen. Wir Alten – die erwachsene Generation – wir müssen auch unser Paradigma wechseln. Dies bedarf Politiker und Medien, die vernünftig sind und auf dem Boden der Realität stehen. Aber genau sie, unsere miserablen Politiker, denen vielfach diese Werte fehlen, stellen das Problem und nicht die Lösung dar – von den Mainstream-Journalisten einmal

ganz zu schweigen. Es ist doch dermassen abartig, dass ein Mensch in unseren Medien als Befreier in Syrien gefeiert wird, auf den die USA wegen Terrorismus ein Kopfgeld von 20 Millionen Dollar ausgesetzt haben.

Was braucht es, dass wir den anderen als Menschen wahrnehmen, der fühlt und Schmerz, Leid, aber auch Freude empfindet wie wir?

Wir haben nicht gelernt, den anderen als einen Menschen zu betrachten. Wir versuchen nicht einmal, den anderen zu verstehen – wir entmenschlichen und dämonisieren ihn. Wir sind Besserwisser und massen uns an, den anderen zu verurteilen zu dürfen, ohne ihn anzuhören. Mit der Kriegskultur haben wir auch eine Kultur der Selbstgerechtigkeit, der Intransigenz, des Solipsismus entwickelt. Wir sind per definitionem «die Guten». Wir haben die «Mission», Demokratie und Menschenrechte in die übrige Welt zu exportieren. Das klingt absurd, wenn man die Realität betrachtet, aber unsere Politiker haben sich in die eigene Propaganda verrannt. Sie glauben tatsächlich, was sie uns vorsetzen. Nun merken sie, dass ihnen die Kontrolle über das Weltgeschehen nach und nach entgleitet, und dies macht sie nervös, aggressiver und gefährlicher. Anstatt sich zu fragen, ob sie vielleicht falsch lägen, ob sie fundamentale Fehler begangen hätten, erhöhen sie die Lautstärke. Sie dämonisieren den vermeintlichen Gegner und bestätigen sich selbst als moralische Instanzen.

Der Ukraine-Krieg ist ein Beispiel, bei dem man merkt, dass die Kriegsunterstützer trotz aller Beteuerungen, der Ukraine helfen zu wollen, indem sie noch mehr Waffen liefern und weitere Menschenleben opfern, keine Empathie gegenüber den Ukrainern haben. Wie kann das Volk Regierungen unter Druck setzen, die Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel einzustellen? Wie kann das Volk Selenskyj zu Friedensverhandlungen verpflichten und Netanjahu vor Gericht bringen?

Das Volk wird durch die Medien einer ständigen Gehirnwäsche

ausgesetzt. Leider glauben viele in den USA, in Grossbritannien, in Deutschland und in anderen Nato-Ländern einen guten Teil der Propaganda, die ihnen von Biden, Trump, Macron, Starmer, Scholz verabreicht wird. Sie müssten lernen, deren Politik zu hinterfragen. Das grösste Hindernis ist nämlich die tägliche Berieselung durch die Medien. Überall versucht man, die Bevölkerung zu verdummen – die Menschen sind in den meisten Ländern neutralisiert. Um die Regierungen unter Druck zu setzen, braucht man Informationen. Die Medien sind aber im Dienste Washingtons und Brüssels. Darum werden RT und Sputnik in Europa blockiert. Man darf nicht erfahren, was die Russen sagen und denken. Darum sind die Interviews von Tucker Carlson so wichtig, unter anderem sein Interview mit Putin vom 6. Februar 2024,⁴ und mit Sergei Lawrow vom 5. Dezember 2024.⁵

Die Situation ist so ernst, dass wir alle auf die Strasse gehen und gegen die Kriegstreiber protestieren müssten. Wir sollten sofortigen Waffenstillstand verlangen. Dies geschieht aber nicht,⁶ weil die Gefahr nicht thematisiert ist, weil es keine seriöse Berichterstattung und kaum kluge Köpfe – eher Dummköpfe – in den westlichen Regierungen gibt. Sogar in den Universitäten herrscht Meinungsterror, und Professoren, die ihre eigene Meinung zum Frieden haben, riskieren, ausgegrenzt oder entlassen zu werden. Bei uns in Amerika haben wir eine Reihe Professoren wie Noam Chomsky, Jeffrey Sachs, John Mearsheimer, Francis Boyle, Dan Kovalik, Stephen Kinzer, die seit Jahren die richtige Diagnose geben und konkrete Lösungsmöglichkeiten formulieren. Leider ist keiner von denen in der Biden-Regierung, und sie werden auch nicht in der Trump-Mannschaft sein. In Europa gibt es auch kluge Köpfe, wie Professor Glen Diesen in Norwegen, Professor Hans Köchler in Österreich oder Daniele Ganser in der Schweiz. Sie sind aber eine Minderheit.

Allerdings ist das Problem nicht neu. Bereits am 10. Juni 1963 sprach John F. Kennedy über «ein Thema, über das zu oft Unwissen-

heit herrscht und dessen Wahrheit zu selten erkannt wird – und doch ist es das wichtigste Thema der Welt: Weltfrieden.»⁷

Was hätte vor drei Jahren oder vielleicht schon früher geschehen müssen, damit es nicht zum Krieg gekommen wäre?

Der Krieg in der Ukraine wurde von der Nato provoziert. Dies zu verneinen ist lächerlich. Ohne Nato-Osterweiterung seit 1997, ohne Maidan-Putsch im Jahr 2014, ohne die militante Russophobie Poroschenkos und Selenskyjs wäre es nicht zum Krieg gekommen. Die Minsk I und II Verträge hätten die territoriale Integrität und die Sicherheit der Ukraine garantieren können. Aber die Ukraine wurde von der Nato ermuntert, die Verträge zu brechen. Acht Jahre lang hat Putin versucht, einen Kompromiss mit der Nato zu finden. Acht Jahre Verhandlungen in der OSZE und im Normandie-Format – für nichts, weil die Nato kein Interesse an einem Kompromiss hatte. Im Dezember 2021 legte Sergei Lawrow zwei Vertragsentwürfe vor, um eine neue gemeinsame Sicherheitsarchitektur in Europa zu bauen.⁸ Diese Vertragsentwürfe wurden nicht einmal als diskussionswürdig erachtet. Jens Stoltenberg und Joe Biden haben sie gleich verworfen. Die Nato wollte die totale Hegemonie der USA sichern und den Russen die Unipolarität aufzwingen. Da hat sie sich schwer verkalkuliert. Die Fantasie der «full spectrum dominance» [Vollspektrum-Dominanz] hat sich als Flop erwiesen.

Was müsste man heute tun, um solches Eskalationspotential gar nicht erst entstehen zu lassen?

Der Uno-Generalsekretär António Guterres hätte vieles tun können, hat aber versagt. Er hätte die Stimme der Vernunft sein können, die Provokationen und Eskalationen durch die Nato nicht nur verurteilen, sondern er hätte auch die Generalversammlung dazu bewegen können, sie abzulehnen und eine «Uniting for Peace»-Resolution anzunehmen, um zum Beispiel ein totales Waffenembargo gegen die Ukraine und gegen Israel zu verhängen. Es fehlt an «Leadership» in der Uno. Nicht nur António Guter-

res hat versagt, auch der Uno-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, der allzu gerne zweierlei Mass anwendet, wenn es um den Krieg in der Ukraine geht. Auch Volker Türk hätte die Verbrechen der Nato beim Namen nennen müssen. Auch er hätte für eine Sicherheitsarchitektur für Europa und für die ganze Welt plädieren müssen. Schliesslich ist der Friede auch ein Menschenrecht.⁹

Auch in anderen Gebieten versagt die Uno. Hinzu kommt, dass weder Guterres noch Türk den Mut gezeigt haben, den Völkermord in Gaza als solchen zu bezeichnen. Dafür ist allerdings die Sonderberichterstatterin Francesca Albanese mutiger.¹⁰

Neben den menschlichen Fähigkeiten, Frieden zu schaffen und zu sichern, gibt es doch internationale Mechanismen, die genau auf dieser Fähigkeit basieren?

Friede ist zwar die Hauptaufgabe der Uno. Aber sie hat keine effektiven Mechanismen. Ohne Waffen kann man keinen Krieg führen. Daher ist es ein Skandal, dass weiterhin Waffen an die Ukraine und an Israel geliefert werden und dass die Uno es nicht geschafft hat, ein totales Waffenembargo zu verhängen und durchzusetzen. Es gibt zahlreiche «Blueprints» beziehungsweise Blaupausen oder Vorschläge für den Frieden, unter anderem von Brasilien, China, Südafrika, dem Vatikan und so weiter. Aber die USA, Israel und die Ukraine lehnen diese Projekte ab, und so gehen die Kriege in der Ukraine und in Gaza weiter. Die Mediation durch Papst Franziskus wäre nützlich, aber auch Franziskus wird von der Ukraine und Israel abgelehnt. Und trotzdem wird dieser Schurke Selenskyj von Macron eingeladen und ist nach Paris zur Wiedereröffnung der Kathedrale Notre-Dame geflogen.¹¹ Papst Franziskus wurde auch eingeladen. Klugerweise hat er dem Narzissmus von Macron nicht Folge geleistet.

Sehen Sie einen Ausweg, aus dem Dilemma herauszukommen?

Kurzfristig fällt es schwer, einen Weg zu sehen. Eine Voraussetzung wäre, Realpolitiker zu haben, die

mit Augenmass und Ernsthaftigkeit eine diplomatische Lösung suchen. Mit der Ausnahme von Viktor Orbán und Robert Fico sind Staatsmänner (beziehungsweise Staatsfrauen) von Format in den Nato-Staaten nicht zu finden. Auch in Israel ist kein Frieden zu erreichen, solange ein Verbrecher wie Benjamin Netanjahu die Regierung leitet. Man hofft, er werde endlich verhaftet und für seine Kriegsverbrechen verurteilt.¹²

Die Friedensverhandlungen durch Präsident Erdoğan im März 2022 waren vernünftig und hätten für Frieden und Stabilität in der Ukraine gesorgt. Selenskyj hat den Kompromiss verworfen. Heute sieht es so aus, dass die Nato nicht akzeptieren will, dass ein militärischer Sieg gegen Russland nicht möglich ist. Anstatt sofort einen Waffenstillstand zu suchen und einen neuen Kompromiss anzustreben, eskalieren sie weiter und bringen uns und die ganze Welt in die Gefahr der nuklearen Katastrophe. Vielleicht werden einige im Pentagon endlich verstehen, dass Putin kein Bluffer ist, dass Russland bereit ist, die Oreschnik-Raketen auch gegen Berlin, Paris, London und New York einzusetzen.

Frieden im Nahen Osten wäre schon möglich gewesen, wenn Israel die Resolution 242 des Sicherheitsrates vom 22. November 1967¹³ respektiert hätte, wenn Israel die Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004¹⁴ und 19. Juli 2024,¹⁵ die drei Verfügungen des IGH von 2024 umgesetzt hätte. Wer ist hauptsächlich daran schuld? Die USA, die etwa 50mal im Uno-Sicherheitsrat das Veto eingelegt haben, um die Verbrechen der israelischen Regierung zu decken und Sanktionen gegen Israel zu blockieren. Man muss aber auch die Komplizenschaft der europäischen Staaten verurteilen, denn Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, die Niederlande, Polen und so weiter haben der israelischen Regierung militärische, politische, diplomatische, ökonomische und propagandistische Unterstützung gegeben.

Was bedeutet diese Entwicklung für den Westen?

Wir beobachten, wie das Völkerrecht von 1945 – jene von den USA und Grossbritannien geschaffene Rechtsordnung, die Uno-Charta und die Nürnberger Prinzipien – zusammenbricht. Wer hat diese normative Weltordnung zerstört? Nicht China, nicht Russland, sondern unsere westlichen Politiker, die durch ihre Kriege, Lügen, und ihre intellektuelle Unredlichkeit die Glaubwürdigkeit des Westens zunichte gemacht haben. Die Mehrheit der Menschheit in Lateinamerika, Afrika und Asien hat das Vertrauen in den Westen mit gutem Grund verloren. Sie ist dabei, sich vom Westen abzuwenden. Wir sind nicht mehr die Führer in Sachen Völkerrecht und Menschenrechten. Die Mehrheit der Menschen betrachtet uns als Heuchler und Tyrannen. Sie mag uns noch eine Zeit lang gehorchen – aber aus Angst vor Sanktionen oder Bomben, nicht aus Respekt oder Sympathie. Die USA und die Nato tragen die Verantwortung für diese Misere, die etliche Gefahren in sich birgt.

Der Westen steht auf der falschen Seite der Geschichte – sowohl in der Ukraine als auch in Israel, Gaza, Libanon und Syrien. Der Westen hat sich verkalkuliert, und wir können die Uhr nicht zurückdrehen. Man kann den Schaden nicht beheben oder wiedergutmachen. Die Mehrheit der Menschen in der Welt will den Schaden, den wir angerichtet haben, nicht vergessen und wird uns auch nicht vergeben. Eines Tages wird der Westen Milliarden an Wiedergutmachung leisten müssen. Nichts hat die Megalomanie der Macht so offensichtlich gemacht, wie der Völkermord in Gaza, den die Unsonderberichterstatlerin, Francesca Albanese, so gut dokumentiert

hat.¹⁶ Auch die Tausenden von Seiten Dokumentation durch Südafrika in der Klage vor dem Internationalen Gerichtshof beschuldigen nicht nur Israel, sondern auch die Komplizen USA, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland. Der Haftbefehl gegen Netanjahu ist auch ein Haftbefehl gegen alle Komplizen. Ja, alle Regierungen im Westen sind an dem Völkermord mitschuldig. Unser «Image» ist zusammengebrochen. Wir beobachten den moralischen Bankrott des Westens.

Was tun?

Aus dem Dilemma kommen wir nicht heraus, solange die Politiker unwillig sind, die eigenen Fehler einzugestehen. Solange unsere Politiker selbstgerecht und intransigent bleiben, auf Gewalt abstellen und Verhandlungen ablehnen, solange sie den Fantasien von Francis Fukuyama glauben,¹⁷ wird es keinen Frieden geben. Hinzu kommt ein anderer Krieg – der Informationskrieg. Wenn die Bevölkerung weiterhin belogen und hinters Licht geführt wird, kann keine dauerhafte Lösung erreicht werden. Wie wir von den Römern wissen, mundus vult decipi – die Welt will belogen werden.¹⁸

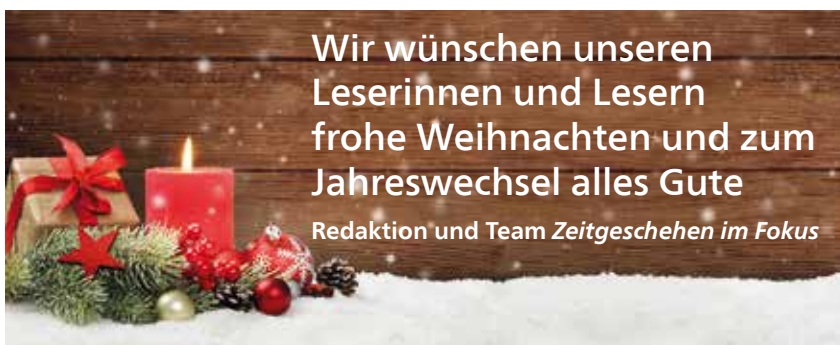
Wir müssen eine Umkehr bewirken. Zehntausende ja Hunderttausende sollten auf die Strasse gehen. Wir müssen unsere Stimme gegen den Völkermord, gegen Taurus, gegen das Morden im Namen der Menschenrechte, gegen die sinnlose Aufrüstung erheben. Die Verantwortlichen des Desasters sollen unsere Kraft spüren. Auch kann man hoffen und beten: Agnus Dei, qui tollis peccata mundi, miserere nobis, dona nobis pacem. Umso mehr in der Adventszeit! Beten wir also für einen friedlichen Anfang des Jahres 2025, für einen Waffenstillstand in

der Ukraine und im Mittleren Osten, für einen Beginn des materiellen und geistigen Wiederaufbaus. Und leisten wir unseren Beitrag dazu. Wir haben nur eine Welt, die wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen werden. In welchem Zustand wollen wir sie übergeben?

Herr Professor de Zayas, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

- ¹ <https://www.foreignaffairs.com/united-states/return-nuclear-escalation>
<https://thebulletin.org/2022/02/us-defenseto-its-workforce-nuclear-war-can-be-won/>
- ² <https://podcasts.apple.com/us/podcast/is-the-u-s-leading-us-to-nuclear-war-jeffreysachs-on/id1508914142?i=1000672833338>
<https://www.jeffsachs.org/interviewsandmedia/belligerent-us-foreign-policies>
- ³ <https://www.counterpunch.org/2024/07/26/honor-and-glory/>
- ⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=fOCWBhuDdDo>
- ⁵ <https://tuckercarlson.com/lavrov>
- ⁶ Joan Roelofs, *The Trillion Dollar Silencer*, Clarity Press, 2023. <https://www.claritypress.com/product/the-trillion-dollar-silencer-why-there-is-so-little-anti-war-protest-in-the-united-states/>
- ⁷ <https://www.jfklibrary.org/archives/other-resources/john-f-kennedy-speeches/american-university-19630610>
- ⁸ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-12/ukraine-konflikt-russland-nato-sicherheitspakt>
- ⁹ <https://www.counterpunch.org/2022/11/11/peace-as-a-human-right/>
- ¹⁰ https://www.youtube.com/shorts/k12E-7LuD2_4
<https://www.youtube.com/shorts/jbyToS6V-xEM>
- ¹¹ https://www.lemonde.fr/en/international/article/2024/12/07/ukraine-s-zelensky-arrives-in-paris-for-notre-dame-reopening_6735513_4.html
- ¹² <https://www.reuters.com/world/icc-issues-arrest-warrants-israels-netanyahu-gallant-hamas-leader-2024-11-21/>
- ¹³ <https://digitallibrary.un.org/record/90717?v=pdf>
- ¹⁴ <https://www.icj-cij.org/case/131>
- ¹⁵ <https://www.icj-cij.org/case/186>
- ¹⁶ <https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/a79384-report-special-rapporteur-situation-human-rights-palestinian>
- ¹⁷ https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/1832/file/ZF_1_2009_159_163_Jordan.pdf
- ¹⁸ St. Augustin, lib. 4. de civitat. Dei, cap. 27.



Wir wünschen unseren
Leserinnen und Lesern
frohe Weihnachten und zum
Jahreswechsel alles Gute

Redaktion und Team *Zeitgeschehen im Fokus*

Der nächste Krieg kennt keine Gräber

«Putin wollte wirklich eine friedliche Lösung mit der Ukraine finden»

von Dr. Stefan Nold*

Zum Volkstrauertag gab es in der Arheilger Post (APo), der Anzeigenzeitung unseres Stadtteils in Darmstadt, einen Beitrag, um «Bisheriges kritisch zu betrachten und eine neue, zeitgemässe Form des Gedenkens an die Opfer von Krieg und Gewalt zu finden» – auch zur «Erweiterung gesellschaftlicher Perspektiven.»¹ Eine gute Idee! Meine Mutter hat immer die Tür zugeschlagen, wenn dort jemand von der Kriegsgräberfürsorge erschien. Für sie waren die Gräber weniger Gedenken an die Opfer sondern eher Teil eines staatlich organisierten und gefeierten millionenfachen Ritualmords, so wie das Bertolt Brecht in der «Legende vom toten Soldaten»² geschildert hat. Mein Grossvater ist im Ersten Weltkrieg bei Laon durch einen Kopfschuss verwundet worden; mein Vater gehörte zu der Generation von Schülern, die nach der Niederlage von Stalingrad im Frühjahr 1943 zu den Flakhelfern eingezogen worden waren. Später war er drei Jahre in russischer Gefangenschaft an der Wolga.

1978/1979 habe ich für 15 Monate Wehrdienst geleistet. Wir Soldaten sollten mögliche Gegner abschrecken, die Regierung sollte so handeln, «dass der internationale Frieden, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden», wie es in der Präambel des Nordatlantikvertrags steht.³ Horst Teltschik, Helmut Kohls Sicherheitsberater und später Leiter der

Münchener Sicherheitskonferenz, hat 2019 in einem Gespräch die wesentlichen Faktoren dieser Politik benannt: Verantwortung, Verlässlichkeit, gegenseitiger Respekt, wehrhafte Zurückhaltung.⁴ Das sind die Bausteine, auf denen Adenauer, Brandt, Schmidt und Kohl Frieden, Wohlstand und nicht zuletzt die deutsche Wiedervereinigung erbaut haben.

Heute ist alles anders. Respekt war gestern; Maulhelden führen das grosse Wort. Willfähige Schwätzer werden ständig als «Militärexperten» zitiert, während kritische Stimmen mit echter Erfahrung nur in alternativen Medien ein Forum finden, solange das nicht weiter auffällt. Wer wie Teltschik in der Zeit vor der Kubakrise in einer Kaserne bei Kassel tagelang zwischen voll aufmunitionierten Panzern auf den Einsatzbefehl gewartet hat, wird später alles dafür tun, dass seinen Kindern das erspart bleibt.⁴ In einem mehrfach veröffentlichten Beitrag hatte ich geschrieben: Das Gespräch mit Teltschik «sollte sich jeder anhören, der wissen will, was die deutsche Einheit möglich gemacht hat und was wir tun sollten, um den gegenwärtigen Konflikt mit Russland friedlich zu lösen.»^{5a-f} Keine drei Wochen später wurde es vom Netz genommen, zusammen mit Tausenden anderen Artikeln. «Qualitätsoffensive» nennt der verantwortliche Chefredakteur⁶ diese «digitale Version der Bücherverbrennung.»⁷ Noch gibt es Archive, von denen gelöscht Inhalte wieder abgerufen werden können, so auch das Interview mit Horst Teltschik.⁸ Aber überall wächst der Druck. Seit zwei Jahren versucht die britische Brigade für «psychologische Kriegführung» mit dem «Project Alchemy», unabhängige Portale wie *The Grayzone* auf juristischem Weg finanziell fertig zu machen.⁹

Nichts darf das Narrativ stören, wonach ein aggressives Russland den friedlichen Westen zu den Waffen zwingt. Oleksandr Chalych, ein erfahrener Diplomat, der auf ukrainischer Seite bei den Frie-

densverhandlungen im März 2022 in Istanbul dabei war, hat vor einem Jahr auf einer Veranstaltung des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP), einer internationalen Organisation mit 54 Mitgliedsstaaten, dazu Folgendes gesagt: «Das europäische Sicherheitssystem hatte ausreichend Werkzeuge für die Nato, die Ukraine, die EU und Russland, um alle zwischen ihnen bestehenden Konflikte auf diplomatischem Wege zu lösen... Putin hat nach seiner Aggression vom 24. Februar 2022 sehr schnell gemerkt, dass er einen Fehler gemacht hatte und hat alles versucht, um eine Vereinbarung mit der Ukraine zu erreichen. Putin wollte wirklich eine friedliche Lösung mit der Ukraine finden. Es ist sehr wichtig, sich daran zu erinnern.»¹⁰ Aber die Nato wollte den Sieg und hat immer weiter eskaliert. Hunderttausende haben das mit ihrem Leben bezahlt, unzählige wurden zu Krüppeln an Leib und Seele.

Jetzt schliessen beide Seiten den Einsatz von Atomwaffen nicht mehr aus. In der biblischen Offenbarung ist von sieben Siegeln die Rede, die am Ende der Zeit geöffnet werden. (Offb. 6–8) Wir haben alle Sicherungen entfernt, alle Siegel, die uns bislang vor einer atomaren Vernichtung bewahrt haben, gelöst und stehen kurz davor, das letzte Kapitel der Menschheit aufzuschlagen. «In Europa gehen die Lichter aus», sagte der britische Aussenminister Edward Grey zu Beginn des ersten Weltkriegs.¹¹ Wie 1914 taumeln wir in den Krieg hinein – aber dieses Mal wird es keine Überlebenden geben, die die Gräber pflegen könnten. Mein Gott! Bunker und ein paar Konserven Dosen werden uns im Ernstfall doch nicht retten!

«Es gibt eine Pflicht zur Zuversicht», hat mir Rafael Reisser, ein ehemaliger Darmstädter Ordnungsdezernent aus der CDU, den ich aus meiner Zeit in verschiedenen Bürgerinitiativen etwas kenne, am 1. Advent auf dem Weg

* **Stefan Nold**, Jahrgang 1959, 1x Ehemann, 3x Vater, 5x Grossvater, studierte Elektrotechnik und promovierte an der TH Darmstadt. 1985 bis 1990: KSB Pumpen, Frankenthal, 1991 Gründung des Ingenieurbüros SOFT CONTROL GmbH Automatisierungstechnik, Darmstadt. Aktivist und Mitbegründer erfolgreicher lokaler Bürgerinitiativen. 2 Bücher: 2012: «Beerdigung, Reifenwechsel, Hochzeit» (2012) Justus von Liebig Verlag, Darmstadt; «Kein Frieden – keine Zukunft. Schlagt Brücken und Versteht eure Feinde» (2024) Open Source. Download: <https://overtone-magazin.de/wp-content/uploads/2024/07/Nold-KeinFriedenKeineZukunft-24720sN.pdf>

zum Bäcker zugerufen¹² – aber derzeit fällt es mir schwer, optimistisch zu sein. Wir setzen heute alles auf Krieg, nichts auf Frieden, obwohl «die Vernunft [...] den Krieg verdammt, den Friedenszustand dagegen zur unmittelbaren Pflicht macht.»¹³ (Immanuel Kant) «Selig sind, die Frieden stiften» (Mt. 5,9), sagt Jesus in der Bergpredigt. Aus beidem folgt: «Schlagt Brücken und versteht eure Feinde!»¹⁴ Nur so werden wir wieder zu einem friedlichen Miteinander der Völker zurück finden. ■

¹ Schmidt, Hans und Klaus Becker: Volkstrauertag – was nun? Arheilger Post, Darmstadt, S. 6 https://www.arheilger-post.de/files/onlinezeitungen/pd24_Arheilgen_HP_20241128_web.pdf (28.11.2024)

² Brecht, Bertolt (Sommer 1918): Legende vom toten Soldaten. In: Ernst Busch singt Bertolt Brecht (um 1965), Lied A2. Deutsche Grammophon Gesellschaft 44028. Aufnahme: VEB Deutsche Schallplatten: Berlin. Siehe auch: <https://www.youtube.com/watch?v=o9pAPnKUBAM>

³ Nato (4.4.1949): Nordatlantikvertrag. Artikel 1. Übersetzung aus Bundesgesetzblatt 1955, II. 293. zitiert nach: Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (1977). Grundgesetz, Nordatlantikvertrag, Wehrgesetze (Auszüge). Herausgegeben in der Schriftenreihe Innere Führung FÜ S 15. BMVg: Bonn.

⁴ Teltschik, Horst (25.6.2019) im Gespräch mit Florian Rötzer. Bericht: Bulgan Molor-Erdene (23.7.2019) «Völker vergessen Geschichte nicht» <https://www.heise.de/tp/features/Voelker-vergessen-Geschichte-nicht-4477016.html> (Minute 3:00 – 4:00) (Auf diesem Wege nicht mehr abrufbar, Alternative: siehe [8] Die Betreiberin der Webseite hat den Inhalt mit folgendem Warnhinweis versehen: «Der folgende Beitrag ist mehrere Jahre alt und entspricht daher möglicherweise in Form und Inhalt nicht mehr den aktuellen journalistischen Grundsätzen der Heise Medien und der Telepolis-Redaktion.» Heise Medien GmbH & Co KG: Hannover.

^{5a} Nold, Stefan: Wou Issn is Hirn?

^{5b} 16.11.2024: Overton Magazin, Köln. <https://overton-magazin.de/top-story/wou-issn-is-hirn/>

^{5c} 17.11.2024: Globalbridge, CH Zug. <https://globalbridge.ch/wou-issn-is-hirn-wo-ist-denn-sein-gehirn-ein-kommentar-zur-politik-des-deutschen-kriegsministers-boris-pistorius/>

^{5d} 20.11.2024: Forum gewerkschaftliche Linke, Berlin. <https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/wou-issn-is-hirn/>

[de/wou-issn-is-hirn/](https://www.wou-issn-is-hirn.de/)

^{5e} 21.11.2024: Manova News, Mainz (unter dem Titel: Tüchtig in den Tod) <https://www.manova.news/artikel/tuechtig-in-den-tod/read>

^{5f} 23.11.2024: Zeitgeschehen im Fokus, CH Dietlikon. https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-19-vom-23-november-2024.html#article_1760

⁶ Neuber, Harald (6.12.2024) Qualitäts offensive: Telepolis überprüft historische Artikel. Heise Medien: Hannover. <https://www.telepolis.de/features/Qualitaetsoffensive-Telepolis-ueberprueft-historische-Artikel-10190173.html>

⁷ Henn, Dagmar (6.12.2024), Telepolis: Es lebe die retroaktive Zensur. <https://dert.site/meinung/228641-telepolis-es-lebe-die-retroaktive-zensur/> RT DE: TV-Novosti: Moskau

⁸ Florian Rötzer, dem ehemalige Chefredakteur von Telepolis war die Löschaktion aufgefallen und er hatte am 5.12.2024 am Ende eines Beitrags geschrieben: «Eigentlich wollte ich dazu meinen Artikel in Telepolis verlinken, musste aber feststellen, dass alle Artikel von der Gründung 1996 bis 2021 mittlerweile gelöscht wurden.» <https://overton-magazin.de/top-story/warum-putins-gift-wirkt-auch-wenn-gar-nichts-passiert/> Wenige Tage zuvor hatte ich mit diesem Beitrag begonnen und auch noch auf das Teltschik-Video verlinken können. [4] Auf Youtube ist das Video des Gesprächs geschrieben aber noch verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=0XkmfoPmxVY>

⁹ Klarenberg, Kit (20.11.2024): Leaked files expose high-level UK military plot to destroy The Grayzone. <https://thegrayzone.com/2024/11/20/leaked-files-uk-military-plot-grayzone/>

¹⁰ Chalyj, Oleksandr (5.12.2023) (ehemaliger Stv. Aussenminister der Ukraine), in: Breaking the Stalemate to Find Peace: The Russia-Ukraine War – A Geneva Security Debate: «In my diplomatic life I met Putin personally 16 times and I negotiated practically all critical and strategic Ukrainian/Russian bilateral agreements. Last time it was a very close dialogue group in Kremlin in 2008... before the Bucharest summit of NATO... What are the roots of Ukrainian war, not conflict but war, war in Ukraine? To my mind the key roots are determined firstly by geopolitics, namely the hard confrontation between the United States and Russia over Ukraine. This is what becomes the main trigger for full scale Russian aggression against Ukraine in 2022. Second root is geoeconomics, namely the hard confrontation between the EU and Russia over Ukraine. This was the key trigger for the illegal Russian annexation of Crimea and the start of the proxy war in Donbass in 2014. And thirdly Ukraine's strong desire to become a member of European family,... the desire of Ukraine to become member of NATO and EU. This was the key trigger for Ukrainian orange revolution in 2004. Another question, and I think this is a very important strategic question: Was Russian aggression against Ukraine inevitable? I am sure not. The European cooperative security

system... gave NATO, Ukraine, EU, Russia enough tools to diplomatically resolve all contradictions between them. But Putin committed a crime. He began in 2014 and then on 24 February 2022 a direct aggression against Ukraine. In my opinion what Putin did is very well described by Fouché's famous expression »This is more than a crime. It's a mistake.« Putin became a victim of his own propaganda and his intelligence services and to my mind very quickly after the invasion on 24 February last year he very quickly understood his historic mistake and I was in that moment in the group of Ukrainian negotiators. We negotiated with the Russian delegation practically two months in March and April to [reach] a possible peaceful settlement between Ukraine and Russia and we, as you remember, concluded the so called Istanbul communique and we were very close in the middle of April and to the end of April to find a way out of war with some peaceful settlement. For some reasons it was postponed. But to my mind Putin – this is my personal view – Putin in one week after starting his aggression in 24 February last year very quickly understood he did a mistake and tried to do everything possible to conclude an agreement with Ukraine. And [the] Istanbul communique it was his personal decision to accept the text of this communique which was totally far away from the initial proposal of Russia, ultimatum proposal of Russia, which they put before the Ukrainian delegation in Minsk. So he managed to find a very real compromise. So Putin really wanted to reach some peaceful settlement with Ukraine. It is very important to remember.» <https://www.youtube.com/watch?v=t2zpV35fvHw> (Minute 24:30 – 29:40). Geneva Centre for Security Policy: Genf.

¹¹ Hartmann, Götz (16.9.2024): «In Europa gehen die Lichter aus.» Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge: Niestetal. <https://www.volksbund.de/nachrichten/in-europa-gehen-die-lichter-aus-kriegsgraeber-fuehrung-des-volksbunds-auf-dem-frankfurter-hauptfriedhof>

¹² Boeser, Claudia (22.4.2024), Interview: Die Hoffnung auf ewigen Frieden nicht aufgeben. Zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant: «Wir haben eine Pflicht zur Zuversicht auf ewigen Frieden», Deutschlandradio Kultur: Köln <https://www.deutschlandfunkkultur.de/kant-wird-300-und-lehrt-uns-hoffnung-zu-haben-dlf-kultur-345b1f9e-100.html>

¹³ Kant, Immanuel (1795): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Kant Werke Bd. 11, S. 211, <https://oxnzeam.de/wp-content/uploads/2015/11/kant-zum-ewigen-frieden.pdf>

¹⁴ Nold, Stefan (20.7.2024): Kein Frieden – Keine Zukunft. Schlagt Brücken und versteht eure Feinde. Open Source. <https://overton-magazin.de/wp-content/uploads/2024/07/Nold-Kein-FriedenKeineZukunft-24720sN.pdf>

Syrien in Trümmern – und was die Medien verschweigen

von Karin Leukefeld, Beirut

Wie während des Krieges seit 2011 erklären auch jetzt wieder westliche und westlich orientierte «Qualitäts-Medien» der Welt, was in Syrien geschieht.

Jahrelang haben sie geschwiegen über die Folgen ausländischer Interventionen, über geheime Bewaffnungs- und Ausbildungsprogramme für die bewaffneten Aufständischen ausländischer Geheimdienste. Sie schwiegen über die völkerrechtswidrige Besetzung syrischer Rohstoffe und von syrischem Territorium durch ausländische Truppen. Sie schwiegen über die Auswirkungen weitreichender einseitiger wirtschaftlicher Strafmassnahmen (Sanktionen) der Europäischen Union, mit denen Syrien und seine Regierung «gebeugt» werden sollten. Sie schwiegen über die Auswirkungen des einseitig von den USA verhängten «Caesar-Gesetzes», mit dem jede Investition, jeder Handel mit Syrien von den USA kriminalisiert und mit finanziellen Sanktionen bestraft werden konnte. Die Auswirkungen dieser Massnahmen, deren Aufhebung von der Mehrheit der Staaten in der Uno-Vollversammlung wieder und wieder gefordert und immer wieder von den reichen, westlichen Staaten – auch Deutschland – abgelehnt wurden, lasteten sie dem syrischen Präsidenten Bashar al Assad an.

Nun also erklären besagte Medien der Öffentlichkeit, dass Dschihadistengruppen Damaskus erobert und das «Assad-Regime» gestürzt hätten. 14 Jahre lang habe Baschar al-Assad «sein halbes Land zerstören» lassen, «um an der Macht zu bleiben», heisst es in einer deutschen Tageszeitung. «Am Ende brauchten die Rebellen dann zehn Tage, um sein ausgehöhltes Regime zu stürzen», so der Vorspann des Artikels, der die Überschrift trägt: «Die Nacht, als der Diktator floh.»

Der syrische Präsident tritt zurück
Tatsächlich wurde Damaskus nicht «erobert», sondern die Bewohner

der syrischen Hauptstadt haben die Kampfverbände hereingelassen. Armee und Polizei waren angehalten, keinen Widerstand zu leisten und sich zurückzuziehen, die Bevölkerung der Stadt war schon seit dem Vortag zu Hause geblieben, um abzuwarten. Der syrische Präsident Al Assad hatte nach direkten und indirekten Gesprächen mit arabischen Golfstaaten (Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien), mit der Türkei, Jordanien, Irak, mit Iran und Russland seine Chancen abgewogen. Um erneutes Blutvergiessen zu vermeiden, ordnete er den Rückzug der Streitkräfte, von Armee und Polizei an und handelte damit sehr verantwortungsbewusst. Für sich und seine Familienangehörigen wählte Assad den Weg ins Exil. Er floh nicht bei Nacht und Nebel, sondern wurde – vermutlich von der russischen Militärbasis Hmeimien (Latakia) – nach Moskau geflogen. Dort erhielt die Familie Al Assad humanitäres Asyl.

Zerstörung der Ministerien verhindern

Vermutlich hatte Assad keine Alternative. Von allen Seiten stand er unter Druck. Die wirtschaftlichen Probleme, die vor allem durch den Krieg und die EU/US-Sanktionen verursacht waren, konnte er nicht lösen. Am Abend des 8. Dezember stellte sich die Lage für aussenstehende Beobachter so dar, dass der Präsident geht, die Regierung bleibt, um die Zerstörung der Ministerien und Institutionen zu verhindern und den politischen Übergang mit den Dschihadisten zu klären. Ministerpräsident Mohammad Ghazi al-Jalali ordnete an, dass die Ministerien besetzt bleiben sollten, und forderte demokratische Wahlen. Dschihadistenführer Abu Mohammad al-Jolani, der kurz vorher wieder seinen ursprünglichen Namen Ahmed Hussein al-Shar'a angenommen hatte, erklärte Al-Jalili solle vorübergehend die Regierungsgeschäfte führen, bis eine Regelung für eine neue Regierung gefunden worden sei. Verschiedene Medien

sprachen von einer vorübergehenden «Regierung der nationalen Einheit».

Unterstützer der Dschihadisten

Der Vormarsch war geplant, und es gab die Anordnung des Präsidenten, keinen Widerstand zu leisten. Der rasche Vormarsch war kein Wunder. Die Dschihadisten waren Berichten zufolge lange vorbereitet, die Kämpfer gut ausgerüstet, sie hatten Benzin für ihre Fahrzeuge und Motorräder und waren zudem von ukrainischen Kämpfern und Ausbildern mit grossen Mengen Drohnen versorgt worden. Die Kampfverbände wurden von Journalisten, Fotografen und Videofilmern – auch westlicher Medien – begleitet. CNN verbreitete ein Interview mit dem geläuterten Jolani alias al-Shar'a, der sich staatsmännisch gab. Insofern war der Dschihadistenvormarsch auch eine Medienshow, mit der entsprechende Bilder und Töne nahezu in Ist-Zeit – also live – weltweit verbreitet wurden.

Geheimes CIA-Programm

Die Kampfverbände wurden von der Türkei und von arabischen Golfstaaten sowie von den USA, Grossbritannien und Israel unterstützt, und zwar nicht erst jetzt, sondern seit Beginn des Syrien-Krieges 2011. Die Nusra Front, heute Hay'at Tahrir al Sham (HTS) – einst Ableger von Al Qaida in Syrien, die sich heute geläutert gibt – profitierte wie Dutzende bewaffneter Gruppen von dem geheimen CIA-Programm «Timber Sycamore». Damit wurden die Aufständischen ab 2012 nicht nur bewaffnet, es wurden auch Ausbilder geschickt, die die Kämpfer an den Waffen und in militärischem Vorgehen schulten. Das CIA-Programm, das der damalige US-Präsident Barack Obama genehmigte, wurde vom britischen Auslandsgeheimdienst MI6, dem MIT, dem türkischen Militärgeschäftsdienst und von Geheimdiensten der arabischen Golfstaaten unterstützt. Letztere waren vor allem auch für die Finanzierung zuständig.



Perspektive

Eine Perspektive für Syrien ist schwer voraussehbar. Es zeichnen sich Kämpfe zwischen den Fraktionen ab. Vor allem gibt es Auseinandersetzungen zwischen den bewaffneten kurdischen Kräften im Norden und Nordosten Syriens und der von der Türkei unterstützten und finanzierten Syrischen Nationalen Armee, in der ehemalige islamistische Anti-Regierungs-Kämpfer zusammengefasst sind.

Die Akteure sind keine politischen syrischen Parteien, die es ja in der eigentlichen Opposition früher durchaus gab. Die Syrer haben es nun mit schwer bewaffneten Kampfverbänden zu tun, die ihre Waffen voraussichtlich so schnell nicht abgeben werden. Es könnte ein Chaos entstehen bei Kämpfen zwischen den Gruppen um Macht und Einfluss. Es könnte zu religiöser Gewalt gegen andere religiöse und ethnische Gruppen kommen. Ein Beobachter in Damaskus weist darauf hin, dass «die Zerstörung der religiösen Pluralität in Syrien» vor allem Israel gefalle. Es ebne den Weg zu einem islamischen Gottesstaat. Israel sehe darin eine Art Rechtfertigung für den eigenen religiösen Judenstaat.

Verhandelt und geschachert

Abzuwarten ist, wie die verschiedenen Regional- und Grossmächte sich in Syrien positionieren wer-

den. Aktuell mahnen alle Ruhe und einen geordneten Übergang an. Doch die Interessen an Syrien sind sehr verschieden, und noch ist unklar, ob die von China und Russland geförderte Kooperation zwischen Iran und den arabischen Golfstaaten – auch im Staatenbündnis BRICS – Bestand haben wird oder ob die arabischen Golfstaaten dem Drängen von USA, EU, Nato und Israel nachgeben und eine neue Front gegen Iran, Russland, China und auch gegen BRICS aufbauen werden.

Hinter den Kulissen der bewaffneten Machtübernahme von Dschihadisten in Syrien muss über vieles verhandelt und geschachert worden sein. In Syrien fragen sich viele, warum Russland und der Iran sich – ebenso wie Assad – defensiv verhalten haben. Ist Syrien vom Iran und von Russland geopfert worden, um die USA und Israel von einem weiteren Krieg abzuhalten? Werden die USA und die EU ihre einseitigen wirtschaftlichen Strafmassnahmen gegen Syrien, Iran und Russland lockern, um vom Wiederaufbau zu profitieren?

Donald Trump

Vieles wird davon abhängen, wie der neue US-Präsident Donald Trump seine aussenpolitischen Ziele und Ambitionen in der Region bestimmen wird. Geht man von den Erfahrungen aus Trumps er-

ster Amtszeit aus, wird er Israel stärken. Israel führt einen Krieg an sieben Fronten – so Benjamin Netanjahu – und das ultimative Kriegsziel ist der Iran. Wie beim Krieg gegen die Palästinenser und gegen Libanon zu sehen, wird Israel von den USA, Grossbritannien, Deutschland und anderen europäischen Ländern sowie von der Nato unterstützt. Der Iran und seine Verbündeten [Russland, China] suchen nach einem Ausgleich, was bisher nicht gelungen ist. Mit der Destabilisierung Syriens sind Ausgleich und regionale Kooperation in einige Ferne gerückt. Gegenüber den israelischen Drohungen hat der Iran deutlich gemacht, dass er sich sicherlich nicht kampfflos ergeben wird.

Angesichts des dschihadistischen Vorrückens in Syrien hatte Donald Trump kürzlich die Lage in Syrien als «Chaos» bezeichnet und erklärt: «Das ist nicht unser Kampf». Was Trump genau damit sagen wollte, ist unklar. Denn er könnte auch gemeint haben, dass es zwar nicht der Kampf der USA sei. Da Israel aber Syrien als eine von sieben Fronten bezeichnet hat, könnte es auch bedeuten: «Es ist Israels Krieg, wir sind verbündet, also müssen wir Israel unterstützen.» Ein destabilisiertes Syrien würde erneut zum Schlachtfeld werden für jeden neuen Krieg.

Die absichtliche Zerstörung Syriens

Während die Bevölkerung in Syrien abwartet und erst nach und nach erfährt, was geschieht, jubelt das westliche Ausland schon über den «Sturz des Regimes», an dem seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch einer US-geführten Invasionstruppe in den Irak 2003 gearbeitet worden war. Der britische Premierminister freut sich über «das Ende des barbarischen Assad-Regimes», in Berlin und Brüssel wird Unterstützung in Aussicht gestellt. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius will gar in die Region reisen, weil er «auch für uns neue Chancen» sehe, «einen Beitrag zu einem stabileren Nahen Osten zu leisten». Schon in den nächsten Tagen wolle er «die deutschen Soldaten in Jordanien und im Irak besuchen» und sich mit der

irakischen Regierung «intensiv austauschen und abstimmen».

Seit dem Frühsommer 2011 hatten die Bundesregierung und die Europäische Union mit einseitigen wirtschaftlichen Strafmassnahmen gegen Syrien zum wirtschaftlichen Mangel des Landes beigetragen und einen Wiederaufbau verhindert. Die USA setzten mit dem «Caesar-Gesetz» noch eins drauf und drohten Einzelpersonen, Unternehmen und Staaten mit Sanktionen, sollten sie mit Syrien Handel treiben oder dort Investitionen tätigen. Seit fast zehn Jahren halten US-Truppen die syrischen Ölquellen im Nordosten des Landes besetzt und kontrollieren – in Koordination mit den Truppen der Verbündeten, Türkei, Jordanien und Israel – nahezu alle Grenzen des Landes.

Unter offenem Druck der USA

Bashar al Assad, der seinem Vater Hafez nach dessen Tod im Jahr 2000 im Präsidentenamt folgte, stand spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Irak-Krieg 2003 unter offenem Druck der USA: Der damalige US-Aussenminister, Colin Powell, forderte vom syrischen Präsidenten 2002 nach dem Beispiel Jordaniens, Land und Grenzen für den Vormarsch der US-Truppen in den Irak zu öffnen. Vergeblich, Syrien stellte sich an die Seite des bedrängten Irak, der von den USA schliesslich – unter dem Vorwand Massenvernichtungswaffen zu besitzen – überfallen und besetzt wurde. Die Mas-

senvernichtungswaffen wurden nie gefunden, weil es sie nicht gab. Der Irak wurde zerstört, Millionen flohen, Tausende wurden in einem angefachten interreligiösen Krieg getötet.

Der Druck auf Damaskus hielt an. Syrien solle das Bündnis mit dem Iran kappen, so die Forderung aus Washington. Die Golanhöhen solle Damaskus Israel überlassen, und es müsse die Unterstützung für die Palästinenser stoppen. Im Gegenzug wurden Syrien blühende Landschaften versprochen, die Bevölkerung solle im Frieden des US-amerikanischen Hegemons – und seines regionalen Wächters Israel – zufrieden und glücklich sein.

Ressourcenreiche Gebiete besetzt und dem Land entzogen

Syrien beharrte auf seiner souveränen Politik, öffnete sich nach innen und aussen und prosperierte. Die Syrer unterstützten den jungen Präsidenten, der ihr Leben um vieles erleichtert hatte. Genau in dieser Zeit begann der Krieg 2011. Aus mehr als 150 Staaten zogen Dschihadisten nach Syrien, um den «Heiligen Krieg gegen das Assad-Regime» zu führen. Die Türkei und Jordanien ermöglichten deren Passage, die USA und arabische Golfstaaten lieferten die Waffen. Syrien wurde verwüstet und gespalten. Die ressourcenreichen Gebiete – Baumwolle, Wasser, Oliven und Ölquellen – wurden besetzt und dem Land entzogen.

Im November 2019 beschrieb

Dana Stroul vom «Center for Strategic & International Studies» CSIS, einer pro-israelischen US-Denkfabrik [die für ihre Lobbyarbeit für die US-Waffenindustrie bekannt ist] bei der Veranstaltung «Syrien in der Grauzone» die US-Strategie: Assad werde politisch und diplomatisch isoliert, wichtig sei die «Architektur der Wirtschaftssanktionen» die sich sowohl gegen Iran als auch gegen Syrien richteten. Wiederaufbauhilfe könne in die von den [kurdisch geführten, kl] Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) im Norden und Osten Syriens kontrollierten Gebiete gelangen und an Syrer ausserhalb Syriens, dürfe aber nicht dem «Assad-Regime» gewährt werden. Alle diese Massnahmen führten dazu, dass «der Rest Syriens in Trümmern liegt», so Dana Stroul. «Was die Russen wollen und was Assad will, ist der wirtschaftliche Wiederaufbau», was die USA durch internationale Finanzinstitutionen und die Zusammenarbeit mit den Europäern verhindern können. «Solange das Assad-Regime sein Verhalten nicht ändert, sollten wir diese Linie beibehalten und jede Wiederaufbauhilfe verhindern und verhindern, dass technisches Know-How nach Syrien zurückkehrt.»

Syrien wurde absichtlich zerstört. Weil es sich weigerte, sich den geopolitischen Interessen der USA zu unterwerfen. ■

Erstveröffentlichung: globalbridge.ch am 9. Dezember 2024

Impressum

Zeitgeschehen im Fokus

Erscheinung: ca. 18mal jährlich

Herausgeber Verein *Zeitgeschehen im Fokus* | Postfach | CH 8305 Dietlikon

Redaktion Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger (hhg), Thomas Kaiser (thk), Reinhard Koradi (rk)

Produktion und Gestaltung Robert Hofmann (roho), Andreas Kaiser (ak)

Kontakt redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch

Online www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

© 2024 für alle Texte und Bilder bei der Redaktion. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle.

Abonnieren Sie

Zeitgeschehen im Fokus

Online-Ausgabe CHF/Euro 50.00/Jahr

Print-/Online-Ausgabe CHF/Euro 80.00 Jahr

Einzelausgabe: CHF/Euro 5.00

WIR-Bank-Konto 679.098-07.1800

IBAN CH32 0839 1679 0980 7180 0

Bestellung abo@zgif.ch

Online www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

Georgien

«Starke Kräfte wollen einen Maidan inszenieren»

Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko

Zeitgeschehen im Fokus Die Situation in Georgien hat sich seit unserem letzten Interview vor drei Wochen verändert. Wie ist die aktuelle Entwicklung?

Bundestagsabgeordneter Andrej Hunko Es ist mittlerweile offensichtlich, dass starke Kräfte am Werk sind, die in Georgien einen «Maidan» inszenieren wollen, was letztlich zu einem Putsch führen soll. Damit das erfolgreich ist, braucht es verschiedene Elemente. Zunächst muss man die Wahl, aus der Regierung und Parlament hervorgegangen sind, delegitimieren. Das ist jedoch nicht so einfach, da der «Georgische Traum» bei der Wahl knapp 54 Prozent bekam. Mehrere Auszählungen haben das bestätigt. Zwar haben die internationalen Wahlbeobachter Unregelmässigkeiten festgestellt wie angebliche Einschüchterung bei einigen Wahllokalen im ländlichen Raum, aber nicht in einem Ausmass, die eine Nicht-Anerkennung rechtfertigen würde.

Der Vorwurf der Wahlfälschung wäre gerechtfertigt, wenn das Ergebnis direkt verändert wird, damit man die Wahl gewinnt, um an die Regierung zu kommen. Das war in Georgien nicht der Fall. Stattdessen werden einzelne Vorgänge, die im ländlichen Raum stattfanden, wo angeblich Druck auf die Wählenden, in eine bestimmte Richtung zu wählen, ausgeübt worden sei, unglaublich aufgebläht. Damit will die Opposition – unterstützt vom Westen – schliesslich rechtfertigen, warum man die neu gewählte Regierung nicht anerkennen kann.

Gleichzeitig haben wir die Entwicklung, dass die scheidende Präsidentin Salome Surabischwili, die bei den letzten Präsidentschaftswahlen die Kandidatin des «Georgischen Traums» war, jetzt sagt, sie sei das einzige legitime Verfassungsorgan. Die Amtszeit der Präsidentin läuft jedoch aus. Mittlerweile wurde – ähnlich wie in Deutschland – von einer Art Bundesversammlung ein neuer Präsi-

dent gewählt, Michail Kawelaschwili. Die Opposition, die die Wahl nicht anerkennt, hat sich daran nicht beteiligt. Man muss dazu sagen, dass die georgische Opposition in den letzten Jahren keine Wahl anerkannt hat.

Welche Kompetenzen sind mit dem Präsidentenamt verbunden?

Weitgehend repräsentative. Vor fünf Jahren hat das Parlament entschieden, von einer Präsidialdemokratie mit sehr viel Macht des Präsidenten oder der Präsidentin, zu einer parlamentarischen Demokratie zu wechseln. Die Volksvertreter wählen dann den neuen Präsidenten. Das ist das gleiche Prinzip wie in Deutschland. Auch hier wählt die Bundesversammlung aus nationalen und regionalen Repräsentanten den Präsidenten. Es gibt keine Direktwahl durch das Volk mehr, weil man die Rolle des Präsidenten einschränken wollte. In Georgien wählt das Parlament einen neuen Präsidenten, wenn die Amtszeit abgelaufen ist. Die noch amtierende Präsidentin argumentiert jetzt damit, dass die Wahl gefälscht und damit das Parlament nicht legitim sei.

Was hat das Aussetzen des Verhandlungsprozesses mit der EU für einen Hintergrund?

Der Ministerpräsident, Irakli Kobachidse, der sich auf das Parlament stützt, hat gesagt, dass er die schon von der EU im Juni eingefrorenen Beitrittsverhandlungen auch von georgischer Seite für weitere vier Jahre aussetzen wird. Im Juni 2024 war das eine Reaktion der EU auf das NGO-Gesetz. Irakli Kobachidse betonte aber, den Reformprozess fortsetzen zu wollen, um sich EU-Standards weiter anzunähern, so dass dann 2028 die Beitrittsverhandlungen rasch abgeschlossen werden können. Offiziell sagt die Regierung also weiterhin, sie wolle Mitglied der EU werden.

Dann stellen es unsere Medien aber falsch dar. Gab es noch weitere Reaktionen aus der EU?



Bundestagsabgeordneter A. Hunko, BSW (Bild thk)

Nach den Wahlen gab es heftige Reaktionen, zwar nicht direkt von den Staats- und Regierungschefs der EU, sondern von diversen Ausschussvorsitzenden verschiedener Parlamente wie zum Beispiel Michael Roth aus Deutschland und anderen. Sie haben sich massiv in die inneren Angelegenheiten eingemischt und – diplomatisch ausgedrückt – sich ausserordentlich unfreundlich verhalten.

Georgien will unter allen Umständen vermeiden, mit in den Krieg gegen Russland hineingezogen zu werden. Das ist der Hintergrund, warum der Westen sich so verhält. Der Ministerpräsident hat sich dahingehend geäussert, dass man sich von der EU gegängelt fühle. Das Land möchte aus dem Abhängigkeitsverhältnis austreten. Der massive Druck, den der Westen ausübt, bis hin zur Unterstützung gewaltsamer Demonstrationen, führt natürlich zu einer Verhärtung der Haltung der georgischen Regierung.

Auf die Vor-Beitrittsgelder, die mit den Beitrittsverhandlungen immer einhergehen, wolle man verzichten, damit man in Würde und auf gleicher Augenhöhe verhandeln könne. Man muss sich schon fragen, ob Kobachidse mit dieser Ankündigung klug agiert. Bis jetzt ist es immer noch offen, wie am Schluss die Wahl bewertet wird. Der Europarat hat einen Bericht fertiggestellt, der ziemlich einseitig ist. Er geht aber nicht so weit, dass darin von einem Wahlbetrug gesprochen wird. Es hat auch keine direkten Formulierungen, aus denen man direkt entnehmen könnte, dass man die Wahl nicht anerkennt, aber es

geht in diese Richtung.

Die OSZE hat ihren Bericht noch nicht fertig, er soll Ende des Jahres veröffentlicht werden. Dazu muss man wissen, dass die OSZE in engem Austausch mit der EU und den USA steht. Der Druck auf die OSZE, ein möglichst negatives Bild von der Wahl zu zeichnen, ist gross.

Welche Rolle spielen die USA beim erneuten Aufflammen der Proteste?

Anfänglich hielten sie sich, wie ich es in meinem letzten Interview berichtete, zurück. Die Situation hat sich jedoch geändert. Seit der Trump-Wahl ist es offensichtlich, dass die Biden-Administration an allen geopolitischen Fronten eskaliert, um Trump nach seiner Inauguration am 20. Januar vor grosse Probleme zu stellen. Das betrifft die Ukraine mit der Aufhebung der Reichweitenbeschränkung für die ATACMS. Noch im Sommer hatte Biden gesagt, dass das nicht in Frage komme. Das gilt auch für die Situation in Georgien. Ende November setzte die USA ein Partnerschaftsabkommen mit Georgien aus. Auch die US-Unterstützung für den Vormarsch der Dihadisten in Syrien ist in diesem Kontext zu sehen. Es ist eine Eskalierung auf allen geopolitischen Ebenen zu beobachten.

Diese Zuspitzung begann ganz offensichtlich, als klar war, dass Trump die Wahlen gewonnen hat. Normalerweise spricht man beim scheidenden Präsidenten von einer «Lame Duck», einer lahmen Ente, die nicht mehr viel tun kann, was den Status quo ändert. Es ist ein Gentleman Agreement, keine Dinge mehr anzustossen, die grundsätzlicher Natur sind. Die jetzige aussenpolitische Eskalation sehe ich im Zusammenhang mit der Trump-Wahl, sozusagen als letztes Aufbäumen der Biden-Administration.

Geht der Druck auf Georgien mehrheitlich von der EU aus?

Man muss das alles im Kontext sehen. Die EU handelt nicht «autonom», sondern ist stark von Kräften dominiert, die der georgische Ministerpräsident als «Global War Party» und Trump in einer Wahlkampfrede als «globalistisches neokonservatives Establishment» bezeichnet hat. Diese Kreise wol-

len den Dritten Weltkrieg. Das ist nicht nur die Biden-Administration, sondern das sind auch ihre europäischen und besonders auch die deutschen Verbündeten. Für sie ist Trump ein Alptraum. Dieses Geflecht treibt das Ganze voran. Vordergründig kommt es von den europäischen Verbündeten. Die USA waren bei dieser Wahl nicht so direkt engagiert, aber man muss sich natürlich fragen, mit wem sich die georgische Präsidentin Salomé Surabischwili berät.

Sie schwört, so lange im Amt zu bleiben, bis jemand «legitim» gewählt ist. Sie sieht das Parlament nicht als legitim an und damit auch nicht die Präsidentenwahl.

Sie setzt sehr stark auf Regime-Change. Sie macht das nicht, weil sie morgens schlecht aufgestanden ist, sondern sie hat internationale Kooperationspartner. Ich denke, das ist abgestimmt mit Netzwerken, die der Ministerpräsident als globale Kriegspartei bezeichnet.

Bei den Maidan-Unruhen hatten wir das doch auch, oder sehen Sie Unterschiede zur Entwicklung auf dem Maidan?

Natürlich gibt es viele Ähnlichkeiten, dennoch gibt es zwei entscheidende Unterschiede. In der Ukraine waren die USA von Anfang an massiv beteiligt: Victoria Nuland, Staatministerin des State Departments, war vor Ort, man kennt das Telefongespräch zwischen Victoria Nuland und dem US-Botschafter in der Ukraine, in dem sie die Neubesetzung der Regierung noch vor dem Sturz von Viktor Janukowitsch besprachen – in «weiser» Voraussicht, dass er gestürzt werden wird. Auch andere Politiker traten dort auf, wie der Senator McCain. Auch Regierungsvertreter der EU haben den Weg zu den Demonstranten auf dem Maidan gefunden.

In Georgien haben wir bisher nicht diese Dimension der Einmischung. Einzelne Parlamentsvertreter sind sehr aktiv, wie zum Beispiel Michael Roth aus Deutschland. Es war eine ganze Gruppe von Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse auf den Demonstrationen, aber keine Vertreter von Regierungen aus Deutschland oder Frankreich. Und das ist ein wesentlicher Unter-

schied.

Die Entscheidung des Georgischen Ministerpräsidenten, die Gespräche mit der EU auszusetzen, erfolgte kurz nach einer anmassenden Resolution, die das EU-Parlament verabschiedet hatte. Die parlamentarische Ebene prescht hier vor, auf Regierungsebene gibt man sich noch zurückhaltender.

Der zweite Unterschied zum Maidan in der Ukraine ist, dass es bislang in Georgien keine vergleichbaren Kampfgruppen wie den «Rechten Sektor» gibt: starke, paramilitärisch ausgebildete, ideologisch stramme Gruppen, die in einem Schlüsselmoment die Situation so weit eskalieren können, dass es für einen Putsch reicht. Es kann sein, dass daran jetzt gearbeitet wird. Man muss die Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen.

Kann man Derartiges noch nicht erkennen?

Bisher war es für mich nicht sichtbar, dass die USA daran arbeiten. Wenn man aber sieht, wie die Biden-Administration mit allen Möglichkeiten Russland attackiert, muss man auch mit solch einer Entwicklung rechnen.

Aus Sicht der Regime-Changer haben sie zudem das Problem, dass die Stimmung in der georgischen Gesellschaft dafür nicht in der Breite besteht. Der «Georgische Traum» hat die Wahlen nunmal gewonnen. Das ist auch die Wahrnehmung in der Bevölkerung. Was im Moment noch unklar bleibt, ist, wie sich die Ankündigung, die Verhandlungen mit der EU auszusetzen, auf die Stimmung auswirkt. In älteren Umfragen waren ungefähr 80 Prozent der Bevölkerung für einen Weg in Richtung EU. Aber wie immer muss man bei Umfragen vorsichtig sein, wenn man nicht genau weiss, worauf die Befragten antworten mussten.

In Kommentaren heisst es häufig, dass Georgien, also die Bevölkerung, nach Europa will. «Nach Europa» das ist doch manipulativ, denn die EU ist zwar in Europa, aber ist nicht Europa.

Das ist eine ganz absurde Definition. Von den fünf grössten Städten in Europa sind Moskau die grösste und St. Petersburg die

fünftgrösste. Aber man klammert Russland immer aus. Wenn Georgien Richtung Europa gehen will, ist das geografisch nicht eindeutig definiert, ob Georgien zu Europa oder zu Asien gehört. Da ein grosser Teil von Russland zu Europa gehört und Georgien ein Nachbarstaat ist, wäre eine verstärkte Zusammenarbeit mit Russland ebenfalls ein «Weg nach Europa». Weil die EU sich immer als Europa sieht und den Begriff gegen Russland definiert, sollte man nicht vergessen, dass die EU-Staaten nur 42 Prozent der Landfläche des geografischen Europas abdecken.

Unterstützt Deutschland aktiv die Protestbewegung in Georgien?

Im Gegensatz zu einigen Parlamentariern erlebe ich bei der Bundesregierung eine gewisse Zurückhaltung. Sie wartet auf den Bericht der OSZE und die Debatten in den Ratsarbeitsgruppen. Die deutsche Regierung will den Anschein erwecken, dass sie sich an gewisse Regeln hält. Eine Wahl für nicht legitim zu erklären, ohne sich dabei auf den OSZE-Bericht zu stützen, fällt auch der deutschen Regierung nicht leicht.

Natürlich hat man hier im Land eine Stimmungsmache, vor allem in den Medien, die auch immer nur Halbwahrheiten erzählen. Man erwähnt etwa, dass das Ziel eines EU-Beitritts in der Verfassung Georgiens steht, ohne zu erwähnen, dass genau die Regierung des «Georgischen Traums» den Passus in die Verfassung hineingeschrieben hat.

So wie Sie bereits sagten, hat auch die EU den ersten Schritt gemacht, die Beitrittsverhandlungen zu sistieren.

Ja, das ist schon ähnlich wie damals auf dem Maidan. Auf dem Gipfel in Vilnius 2013 mit der EU und Janukowitsch wurde das so dargestellt, als ob er und Asarow, der damalige Ministerpräsident, die Beziehungen zur EU abgebrochen hätten. Sie vertagten die Gespräche, denn es sei noch nicht reif, um auf dem Gipfel in Vilnius den Schritt weg vom Osten, also von Russland, in Richtung EU zu beschliessen, wie es die EU damals verlangt hatte. Es gibt schon sehr grosse Parallelen.

Wie damals in der Ukraine ak-

zeptiert die EU beziehungsweise der Westen insgesamt keine geopolitische Rolle Georgiens, die sowohl gute Beziehungen zu Russland, als auch zur EU ermöglichen. Die erste Forderung der Regierung Janukowitsch / Asarow in der Ukraine 2013 war es, trilaterale Gespräche mit Russland zu führen. Das wurde von den Kommissaren der EU zurückgewiesen.

Im Jahre 2016, nachdem der Putsch in der Ukraine stattgefunden hatte und eine neue Regierung implementiert war, traf ich Jean Claude Juncker, den damaligen EU-Kommissionspräsidenten, in einer kleinen Runde. Das war nach dem Referendum in den Niederlanden über die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine. Dort habe ich Juncker direkt gefragt, was die EU 2013 in Bezug auf die Ukraine aus seiner Sicht falsch gemacht habe. Er gab zur Antwort: «Wir haben in massloser Verblendung geglaubt, nicht mit Russland sprechen zu müssen.» Zu dem Zeitpunkt galt die Ukraine-Politik als gescheitert und in dieser Stimmung traute sich Juncker, so etwas zu sagen. Nur nebenbei, mit ein paar fadenscheinigen Vorbehalten ist die Regierung Rutte über das Plebiszit, bei dem die Mehrheit der Niederländer gegen die Ratifizierung gestimmt hatten, hinweggegangen.

Die Ablehnung des Assoziierungsabkommens im Jahr 2013 geschah, als Barroso Kommissionspräsident war...

Ja, er war das bis 2014. Als ich später Herrn Asarow traf, erzählte er mir, wie er mit den EU-Kommissaren die Verhandlungen führen musste. Als die EU darauf bestand, nur mit ihr und nicht auch mit Russland zu verhandeln, verlangte Janukowitsch/Asarow eine Kompensation von 20 Milliarden Euro, da der Markt im Osten, also mit Russland, wegbrechen würde. Das hat die EU abgelehnt wie auch einen schnellen EU-Beitritt.

In Georgien haben wir eine ähnliche Situation. Wenn der Handel nur noch mit der EU geführt werden darf, möchte man sich nicht jahrelang in einer Zwischenposition befinden.

Welche Entwicklung das weiter

nehmen wird, ist offen. Bisher bin ich davon ausgegangen, weil die USA zurückhaltend agieren, weil es keinen rechten Sektor gibt und die Wahlen relativ eindeutig waren, dass es nicht zu einer Entwicklung wie in der Ukraine kommen kann. Ich dachte, die USA würden noch einige Jahre abwarten, bis der richtige Zeitpunkt erreicht sei, einen Umsturz zu initiieren. Die Regierung Kobachidse ist nicht naiv. Sie weiss auch, was auf dem Maidan geschehen ist. Sie weiss, welche Strategien angewendet werden, und das versucht sie, im Keim zu ersticken.

Herr Bundestagsabgeordneter Hunko, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

Zur Annullierung der Wahl in Rumänien

thk. Anlässlich der Annullierung der Präsidentschaftswahl in Rumänien durch das dortige Verfassungsgericht hat die parlamentarische Versammlung des Europarates in Paris beschlossen, die Venedig-Kommission mit einer dringlichen Ausarbeitung zu beauftragen, unter welchen Bedingungen und auf welcher rechtlichen Grundlage Wahlen von einem Verfassungsgericht annulliert werden können.

Die regelmässig in Venedig tagende «Europäische Kommission für Demokratie durch Recht» ist ein Expertengremium des Europarats, das die nationalen Regierungen in Verfassungsfragen berät. Die Ausarbeitungen haben empfehlenden Charakter, jedoch aufgrund der hohen Reputation ein grosses politisches Gewicht.

Hintergrund ist die Entscheidung des rumänischen Verfassungsgerichts im laufenden zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl, diese zu stoppen und den ersten Wahlgang zu annullieren. Das Gericht stützt sich in seiner Begründung auf Geheimdienstberichte, die von verdächtigen social-media-Aktivitäten berichten, ohne jedoch Beweise für gezielte Einflussnahme, etwa durch Russland, vorzulegen.

Der deutsche Abgeordnete Andrej Hunko (BSW), der den Antrag für die Anrufung der Venedig-Kommission gestellt hatte, sagte dazu: «Noch nie wurde in Europa eine Wahl auf so unklarer Rechtsgrundlage annulliert. Ich möchte, dass sich die Venedig-Kommission damit befasst, auch um einen Präzedenzfall für künftige Wahlen zu vermeiden.»

Weichenstellung: Schweiz wohin?

Unter das Joch von EU und Nato oder unabhängig und neutral bleiben?

von Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger

In der Schweiz muss die Weichenstellung Richtung Zukunft überdacht und diskutiert werden. Lassen wir uns vom Bundesrat unter das Joch von EU und Nato zwingen oder wollen wir unabhängig und neutral bleiben?

Die Sehnsucht nach einem friedlichen Zusammenleben ist zutiefst verwurzelt in der menschlichen Natur. In allen Kulturen ist der Wunsch nach Frieden dokumentiert. Im frühen Christentum schrieben die Verfasser der Weihnachtsgeschichte ihrem Gott die Fähigkeit zu, den ersehnten Frieden zu bringen: «Ehre sei Gott in der Höhe. Denn er bringt der Welt Frieden und wendet sich den Menschen in Liebe zu.» Heute wissen wir, dass Frieden und Krieg nicht

vom Himmel gesandt, sondern menschengemacht sind. Zu den wichtigsten Aufgaben gewählter Politiker in einer Demokratie gehört es daher, Frieden zu sichern und zu schaffen. Dazu dienen in der Schweiz die bewaffnete Neutralität, verbunden mit den guten Diensten. Stimmt das Schweizer Volk in der kommenden Abstimmung der Neutralitätsinitiative¹ zu, wird die Verpflichtung unserer Parlamentarier und Bundesräte zum Frieden in der Bundesverfassung verankert werden.

Bruch der Neutralität

Seit längerer Zeit wird von unseren Bundesräten mit der Schweizerischen Neutralität «Schlitten gefahren». Schon 1996 unterzeichnete der Bundesrat – ohne Mandat des Volkes! – das Partnerschaftsab-

kommen «Partnerschaft für den Frieden» (PfP) mit der Nato. Dass es sich dabei um eine «Partnerschaft für den Krieg» handelt, wurde spätestens am 24. März 1999 mit dem völkerrechtswidrigen Kosovokrieg der Nato deutlich, gefolgt von weiteren völkerrechtswidrigen Nato-Kriegen. Spätestens da hätte der Bundesrat, basierend auf der Grundlage der Neutralität, die PfP aufkündigen müssen. Konsequenzen blieben aus, im Gegenteil. Jüngst hat der Bundesrat die Neutralitätsinitiative ohne Gegenvorschlag «bewusst» zur Ablehnung empfohlen, so Bundesrat Cassis mit dem Argument «so kann die Neutralität flexibel weiterentwickelt werden.» «Ihre Interpretation werde immer wieder dem Zeitgeist angepasst», so die *Thurgauer Zeitung* vom 28. November

Nein zur PESCO-Beteiligung!

Der Bundesrat hat beschlossen, zwei Projekten von PESCO (Permanente Strukturierte Kooperation) beizutreten. Damit geht die Schweizer Regierung einen weiteren Schritt auf das Kriegsbandnis NATO zu und untergräbt die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz in zunehmendem Masse. Die Schweizerische Friedensbewegung kritisiert diesen Entscheid scharf.

PESCO wird als militärisches Schengen bezeichnet und beinhaltet als zentrales Element den freien Militärtransport innerhalb Europas. PESCO wird zwar als Projekt der Europäischen Union verkauft, ist aber ganz klar Teil der grösseren NATO-Zusammenarbeit auf militärischer Ebene. Als strategische Ziele gelten explizit: das NATO-Oberkommando (SACEUR) «aktiv zu unterstützen» sowie den «NATO-Verpflichtungen nachzukommen».

Truppenverlegungen durch die Schweiz?

Die Schweiz wird laut Bundesrat am Projekt «Military Mobility» und «Cyber Ranges Federation» teilnehmen. Mit der Beteiligung an «Military Mobility» wird es möglich, in kürzerer Zeit «Gesuche für grenzüberschreitende Transporte und Verlegungen», also für den Transport von Waffen und NATO-Truppen durch die Schweiz, abzuwickeln.

Der NATO-Funktionär Boris Ruge hat bereits erklärt, dass durch den schweizerischen PESCO-Beitritt die NATO «in einem Konfliktfall an der Ostflanke» «in kurzer Zeit sehr umfangreiche Kräfte» verlegen könnte. Im Klartext: Das NATO-Kriegsbandnis könnte also mit Hilfe der Schweiz bei einem Krieg mit Russland schneller Kriegsmaterial oder sogar Truppen an die Front schicken. Was das für die Bevölkerung in der Schweiz bedeutet, ist klar: Im schlimmsten Fall besteht die Gefahr, dass die Schweiz in einem solchen Krieg zum Angriffsziel wird, um den Truppennachschub zu verhindern.

Das Projekt «Cyber Ranges Federation» beinhaltet die militärische Zusammenarbeit im Cyber-Raum. Wie die EU in einem Strategiepapier erklärt hat, ist im Cyber-Raum die «Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden» unklar. Die Schweiz könnte also in Zukunft mit anderen NATO-Ländern Cyber-Kriege führen, weil das Neutralitätsrecht den Cyber-Raum formal nicht umfasst. Hier besteht genauso die Gefahr, dass die Schweiz durch Provokationen im Cyber-Raum in nicht-digitale Kriege hineingezogen wird.

Bruch der Neutralität

Die Schweizerische Friedensbewegung verurteilt den Entscheid des

Bundesrats, PESCO beizutreten, scharf. Es handelt sich um einen klaren Bruch des Neutralitätsrechts. Die Haager Abkommen, welche das Neutralitätsrecht völkerrechtlich festschreiben, besagen klar: Ein neutrales Land darf es nicht «dulden», dass Kriegsführende «Truppen oder Munitions- oder Verpflegungskolonnen durch das Gebiet einer neutralen Macht» hindurchführen. Mit der Teilnahme an PESCO wird NATO-Ländern, die bekanntlich in verschiedenste Kriege, darunter in den immer noch andauernden US-Krieg «gegen den Terror», verwickelt sind, die Durchführung von Truppen und Munition durch die Schweiz erlaubt. Mit dem PESCO-Beitritt treibt der Bundesrat die Verflechtungen der Schweiz in die Militärstrukturen des NATO-Kriegsbandnisses weiter voran und stellt sich demonstrativ auf die Seite des westlichen Militärblocks. Wer den Frieden sichern will, sagt Nein zur NATO, Nein zu PESCO und Nein zu diesem kriegstreiberischen Bundesrat.

*Schweizerische Friedensbewegung
SFB, 29. August 2024*

Quelle: www.friedensbewegung.ch/2024/08/29/nein-zur-pesco-beteiligung/

2024. Flexibilität à la Windfahnl?

In diesem Herbst genehmigte der Bundesrat «die Teilnahme der Schweiz an zwei PESCO-Projekten», der Military Mobility und der Cyber Ranges Federation. Military Mobility beinhaltet, dass der Bundesrat Transportbewilligungen durch die Schweiz für ausländische Truppen und ihre militärischen Güter erteilen kann. Natotruppen und Panzer durch Lötschberg, Simplon und Gotthard und auf unseren Autobahnen? Was auf der Webseite der Schweizerischen Eidgenossenschaft so harmlos daherkommt, stinkt bei Nato-Funktionär Boris Ruge nach Krieg. Die schweizerische Teilnahme an PESCO ermögliche, «in einem Konfliktfall an der Ostflanke in kurzer Zeit sehr umfangreiche Kräfte» zu verschieben, so Ruge.² Die Schweizerische Friedensbewegung charakterisiert das selbstherrliche Vorgehen des Bundesrates als «Bruch der Neutralität» (vgl. Kästchen «Nein zur PESCO-Beteiligung!»). Für diesen Bruch sind alle Bundesratsparteien verantwortlich.

Politische Parteien politisieren am Volk vorbei

Das Schweizer Volk will in seiner grossen Mehrheit – von links bis konservativ – eine neutrale Schweiz, die mit ihren guten Diensten zu mehr Frieden in unserer kriegsversehrten Welt beitragen muss. Wären unsere Politiker mit einem offenen Ohr mit der Bevölkerung in Stadt und Land im Gespräch, würden sie ihre Politik entsprechend ausrichten, ohne dass man sie daran erinnern muss, dass sie als Volksvertreter mandatiert worden sind. Kürzlich erhielt ich ein Schreiben von der SP Schweiz mit dem Aufruf «Gemeinsam gegen Rechtspopulisten». Es ist nicht zu fassen. Eine SP, die nicht nur mit Worten sondern auch mit Taten in der Tradition «Nie wieder Krieg» steht, hätte als Kernaufgabe, ihre Bundesräte zurückzupfeifen, die nach Brüssel wallfahren und mit der Nato kungeln. Warum schliesst sich die SP Schweiz nicht dem Aufruf der Schweizerischen Friedensbewegung an? «Wer den Frieden sichern will, sagt Nein zur Nato, Nein zu PESCO und Nein zu diesem kriegstreiberischen Bundes-

rat.» Die SP-Schweiz – verkommen zu einer kompatiblen Linken?

Menetekel erkannt ...

Im Tessin hingegen wurden die aktuellen Hauptprobleme von jungen Mitgliedern der KP Ticino erkannt und benannt. Wenn die Schweiz sich weiter an die EU und die Nato annähert, besteht «die Gefahr, dass wir in künftige militärische Konflikte verwickelt werden.»³ Mit einer Liste «No UE – No Nato» (deutsch: «No Eu – No Nato») und nicht mit ihrem Parteinamen traten sie zu den Wahlen an. Zwei Vertreter sitzen jetzt im Tessiner Parlament und ihre Anzahl in den Gemeindeparlamenten ist von 11 auf 17 Mitglieder angestiegen.

Im Mai 2024 wurde dann in Bellinzona der Verein «Fronte per la Neutralità e il Lavoro: No UE – No Nato»⁴ gegründet. Gemäss Alberto Togni, dem jungen Präsidenten des Vereins «will der Verein eine «Einheitsfront» bilden, die all jenen offensteht, die unabhängig von ihrem politischen Hintergrund die Verteidigung der schweizerischen Neutralität und Arbeit, den Verzicht auf jegliche Integration in die EU und die Nato als oberste Priorität auf der politischen Agenda betrachten.»⁵

... No UE – No Nato

Alberto Togni bezeichnet die EU als «ein unreformierbares Gebilde [...] das sich in die Angelegenheiten von Drittländern einmischt und immer mehr zu einer Struktur wird, die den Interessen der USA völlig untergeordnet ist.» Damit werden die Mitgliedsländer in ihrer Souveränität zum Schaden ihrer Demokratien und Volkswirtschaften geschwächt.

Weichenstellung: Schweiz wohin?

... mit EU und Nato?

Mit seiner weiteren Anbiederung à la Salamtaktik an EU und Nato, so zum Beispiel die Beteiligung an den zwei PESCO-Projekten, stellt der Bundesrat unser Land unter das Joch von EU und Nato beziehungsweise deren amerikanischen Oberkommandierenden. Das ist brandgefährlich. Man stelle sich vor, Bomben auf Nato-Militärtransporte im Wallis, im Tessin

oder im Urserental vor den Nord-Süd-Portalen... Wollen wir uns wirklich als nützliche Idioten in die kommenden Kriege hineinmanipulieren lassen? Ein warnendes Beispiel, wie es den «Kleinen» ergeht, die sich mit den USA militärisch eingelassen haben, kann man dieser Tage im Norden Syriens am Beispiel der Kurden «in vivo» mitverfolgen. Sie werden, wie man in den USA zu sagen pflegt, «vor den Bus geworfen». Für die USA stimmt's, sie sitzen ja auf den syrischen Ölfeldern. Es ist einfach nur entsetzlich.

... unabhängig und neutral bleiben

Alberto Togni fasst eine für die heutige Zeit angemessene Friedenspolitik wie folgt in Worte: «Neutralität und nationale Unabhängigkeit sind auch die beiden Voraussetzungen dafür, dass unser Land weiterhin unabhängig über sein Schicksal entscheiden kann [...] sowie uns jenem Teil der Welt zu öffnen, der nichts mehr davon wissen will, der kolonialen und kriegstreiberischen Politik des Westens unterworfen zu sein, und somit unsere wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Partner zu diversifizieren und der Schweiz eine zentrale Rolle in der neuen multipolaren Welt zu garantieren.» Damit ist für die Schweiz ein gangbarer Weg in eine friedlichere, humanere Welt im Rahmen des Völkerrechtes vorgezeichnet. ■

¹ <https://neutralitaet-ja.ch/>

² Boris Ruge zitiert in: Unsere Welt, Nr. 4, 2024, S. 1

³ Unsere Welt, Unabhängig und neutral bleiben, Dezember 2024, S. 8

⁴ noue-nonato.ch

⁵ Unsere Welt, S. 8.

Internationales Musik-Friedenscamp in Izmir

«Frieden zu Hause – Frieden in der Welt!»

Deutsche, russische und türkische Jugendliche schlagen Brücken

von Dr. Leo Ensel*

Eine einzigartige Begegnung zwischen jungen Musikerinnen und Musikern aus Deutschland, Russland und der Türkei setzte vom 26. Oktober bis 4. November 2024 ein kraftvolles Zeichen für den Frieden. Das Internationale Musik-Friedenscamp, durchgeführt von der deutsch-russischen Initiative «Musik für den Frieden – Музыка ради Мира» in der malerischen Küstenstadt Çeşme, brachte über 75 Jugendliche zusammen, die durch Musik und Austausch Brücken bauen und Feindbilder abbauen wollten.

Bereits beim Aufeinandertreffen am Flughafen Basel war die Vorfreude der 24 deutschen Teilnehmer und der Initiatoren Ulrike und Thomas Vogt spürbar. Von Städten wie Freiburg, Müllheim, Bonn, Limburg und Kaiserslautern angeeignet, brachten die jungen Leute nicht nur Instrumente und Noten, sondern auch die Erwartung mit, neue Freundschaften zu knüpfen und gemeinsam zu musizieren. Ein herzlicher Empfang durch Mitglieder der örtlichen Rotary Clubs erwartete sie am Flughafen Izmir, wo ein grosses Willkommensbanner in drei Sprachen, Luftballons und türkische Süßigkeiten die Gäste begrüßten. Am nächsten Morgen wurden die 25 russischen Teilnehmer, die aus Twer mit ihrem Delegationsleiter Andrey Korjakov über Moskau angereist waren, mit der gleichen aufwendigen Zeremonie begrüßt.

Dank deutscher und türkischer Rotary Clubs, vieler privater Sponser und der Unterstützung der

* **Leo Ensel** («Look at the other side!») ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt «Postsowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa». Veröffentlichungen zu den Themen «Angst und atomare Aufrüstung», zur Sozialpsychologie der Wiedervereinigung sowie Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative, der Deeskalation und der Rekonstruktion des Vertrauens.



«Frieden, Мир, Bariş, Peace – ein Augenblick von Geistesgegenwart» (Bild Ulrike Vogt)



«Diese Botschaft wurde gehört und verstanden» (Bild Ulrike Vogt)

Gemeinde Çeşme fand das Friedenscamp im Şifne Termal Hotel statt – ein idyllisches Umfeld mit Thermalbecken, Palmen und einem türkisblauen Meer. (*Globalbridge* berichtete darüber im Vorfeld.) Perfekte Voraussetzungen für die jugendlichen Teilnehmer, um Gespräche zu führen, zu proben und über die persönliche Bedeutung von Frieden zu sprechen.

Tagesablauf zwischen Musik, Tanz und Gesprächen

Ein typischer Camp-Tag begann mit morgendlichen Yoga-Übun-

gen und einem türkischen Frühstück. Danach folgten Gesprächsrunden unter freiem Himmel, in denen die Jugendlichen in deutscher, russischer und englischer Sprache offen über ihre Ängste, Wünsche und die Frage nach dem persönlichen Beitrag zum Frieden sprachen. Pädagogikstudierende aus Freiburg führten die Runden mit Theaterübungen und rhythmischen Spielen ein, um das Eis zu brechen und eine entspannte Atmosphäre zu schaffen.

Musikalisch schritt das Projekt zügig voran, da die Teilnehmer schon zu Hause intensiv geübt hat-

ten. Tägliche Proben von Songs und Choreografien, unterstützt von der Band, führten zu einem beeindruckenden Repertoire.

Verbindende Auftritte und ein grosses Finale

Das erste Konzert am 31. Oktober fand in einer alten Kirche in Çeşme statt und erwies sich als voller Erfolg. Rund 200 Besucher verfolgten das Konzert mit Begeisterung – ein gelungener Auftakt und ein Dankeschön an die gastfreundliche Gemeinde.

Höhepunkt war das Abschlusskonzert am 2. November im Ahmet Adnan Saygun Art Center in Izmir. In einem stimmungsvoll beleuchteten Saal, begleitet von eindrucksvollen Bild- und Filmeinblendungen, standen über 75 junge Menschen aus der Türkei, Russland und Deutschland auf der Bühne. Schwarz gekleidet zogen die Sänger und Tänzer durch das Publikum, um mit einem bewegenden Requiem das Konzert zu beginnen. Mit energiegeladenen Choreografien, gemeinsamen Songs und der Unterstützung des türkischen Jugendorchesters erschufen die jungen Musiker eine emotionale Show. Bei der Zugabe «We are the World» stimmte das gesamte Publikum ein und verwandelte den Saal in ein Lichtermeer aus leuchtenden Handys. Governor Mert Korur bedankte sich im Namen des rotarischen Distrikts 2440 für das beeindruckende Konzert und das Engagement der jungen Menschen für den Frieden.

Ein Zeichen für den Frieden

Der Erlös des Abends in Höhe von



Die 75 Mitwirkenden aus Deutschland, Russland und der Türkei haben den Beifall zum Schluss redlich verdient. (Bild Ulrike Vogt)

15 000 US-Dollar wird an Stipendiaten des neu gegründeten Rotary Peace Center in Istanbul gespendet, das sich der Friedensarbeit widmet. Das Peace Center bietet aufstrebenden Führungspersonlichkeiten im Bereich Frieden und Entwicklung die Möglichkeit, sich mit Themen, die im Nahen Osten und Nordafrika von besonderer Bedeutung sind, auseinanderzusetzen und zu lernen.

Auch in den Probenpausen kann ein Zeichen für den Frieden gesetzt werden

Das Camp zeigte zweierlei: Junge Menschen der Zivilgesellschaft sind politischem Geschehen nicht ohnmächtig ausgeliefert. Durch ihren unermüdlichen Einsatz können Feindbilder, ohne die ein Krieg nicht geführt werden kann, aufgelöst werden. Als Zweites kann Musik als universelle Sprache Brücken bauen – zwischen Kulturen und Menschen unterschiedlichster Her-

kunft. Das gemeinsame Engagement inspirierte nicht nur die Teilnehmenden, sondern auch die vielen Zuschauer und Unterstützer vor Ort. Die Jugendlichen traten erfüllt die Heimreise an, fest entschlossen, die Botschaft weiterzutragen:

Frieden beginnt in uns und wächst, wenn wir ihn teilen: «Musik für den Frieden – Музыка ради Мира»!

PS: Das internationale Musik-Friedenscamp wurde nicht zuletzt durch private Spenden ermöglicht. Ein entsprechender Aufruf im Vorfeld hatte eine stattliche Summe zur Folge. «Musik für den Frieden – Музыка ради Мира» dankt allen grosszügigen Spenderinnen und Spendern sehr herzlich! ■

Weitere Informationen: <https://www.musik-fuer-den-frieden.de/projekte>

Erstveröffentlichung: globalbridge.ch am 25. November 2024



Tanz und Musik verbindet über Ländergrenzen hinweg. (Bild Ulrike Vogt)

Welches Wertegerüst in Zeiten bröckelnder Werte?

von Dr. phil. Ivo Zanoni*

Der Übergang vom alten zum neuen Jahr kann als ganz nüchterner Akt bezeichnet und begangen werden. Wer diesen sogenannten Jahreswechsel schon viele Male erlebt hat, muss nicht unbedingt in Begeisterungstürme geraten: Die Tage reihen sich aneinander, ein neues Kalenderjahr beginnt. Dies hat Bedeutung für die Zählung unseres Alters, für die AHV, für die Buchhaltungen, für die Bankkredite, für die Steuererklärungen, kurzum für Dinge, die gewiss wichtig sind, die aber zu einer Sphäre des Lebens gehören, die etwas mit den «materiellen Werten» zu tun hat. Natürlich erhält man gegen Ende des Jahres, wer denn solcherlei besitzt, auch eine Vermögensübersicht oder Überweisungen aus Kapitalgewinn. Das kann auch ein Hochgefühl fördern oder so etwas wie ein Sicherheitsgefühl hervorrufen.

Nun, hier geht es nicht um diese materiellen Aspekte des westlichen Lebens, denn in der westlichen Welt mit ihren Freiheiten, Verlockungen, Festivitäten und Abläufen bin ich verortet. Gerne möchte ich mich selbst befragen, welche Werte eigentlich für mich lebensstragend sind. Damit meine ich solche Werte, für die ich auch bereit bin oder wäre, mich aktiv einzusetzen. So bezeichne ich eine Haltung, die darüber hinausgeht, eine Spende von 200 Franken zu tätigen oder bei einer im Fernsehen verfolgten Diskussion zwischen Kontrahenten dann zu nicken, wenn jene oder jener ein Statement abgibt, das mehr oder weniger der eigenen Meinung entspricht.

Ich meine etwas anderes. Es ist gar nicht so einfach, zutreffende Worte dafür zu finden. Denn ich muss mich fragen, welchen Werten ich mich verpflichtet fühle.

Ich bin im Jahr 1966 geboren und gehöre somit hier in der Schweiz und in Westeuropa zu einer Generation, die in Zeiten, Orte und Möglichkeiten hineingeboren ist, die ich für normal hielt. So richtig normal war daran wohl nichts, ausser dass man selbst damit häufig nicht zufrieden war. Aus dieser Situation ist zumindest bei mir die Idee entstanden, dass die Beste der Welten – meine Lieblingsromanfigur Candide sucht sie ein bisschen überall – andernorts zu suchen sei.

Nein, das stimmt auch nicht, ich war mir damals gar nicht bewusst, in welche Welt ich hineingeboren wurde. Es gab in meinen Augen viele Dinge, Phänomene, Verkru- stungen, die ich als veraltet und blöd betrachtete: Weg damit. Bei diesem Prozess war ich natürlich nicht allein. Ich hielt mich im Windschatten der sogenannten 68er- Generation auf. Und hier komme ich der Frage nach dem Inhalt von Werten einen Schritt näher. Welchen Werten war sie verpflichtet? Für mich war ein «Wert» – obwohl ich das damals nicht so hätte benennen wollen und können – der Drang nach Veränderung. Ich ging nicht auf die Barrikaden, aber ich versuchte, in Anlehnung an einen Ausspruch meines Geografielehrers: «Vergesst nicht, wir haben in der Schweiz keine Bodenschätze, das Einzige, was wir hier besitzen, sind kritische Gehirne!», die Welt mit kritischen Augen zu betrachten und darauf aufbauend, meine Schlüsse zu ziehen. Wie man jedoch Schlüsse ziehen kann, ohne wirklich alles im Auge zu haben, fragte ich mich natürlich erst viel später. Wie auch immer, Werte wie Patriotismus, Nationalismus, Religionszugehörigkeit entwickelte ich kaum bis gar nicht. Darauf bin ich weder stolz noch schäme ich mich dafür. Jede und jeder wird in eine bestimmte Zeit hineingeboren und zu dieser gehören auch gewisse Strömungen, die sich aufs Individuum und seine Entwicklung auswirken. Zu meiner Generation gehörte wohl dies. Die Familie war ein stabiler Wert, aber Schicksalsschläge blieben nicht aus und haben Ge-

wissheiten zerstört. Ich gehöre darüber hinaus zu einer Generation, deren Losung es ist, davon auszugehen, dass weniger das Schicksal als vielmehr der eigene Wille und die eigenen Fähigkeiten über den eingeschlagenen Weg entscheiden.

Was sind «wahre Werte»?

Wir wollten eigentlich über Werte reflektieren und nicht das Schicksal auf den Plan rufen. Dabei ist es mir immer noch nicht gelungen zu definieren, was ein Wert ist. Es geht nicht um Finanzen. Es geht um etwas, das über die Zeiten Bestand hat, für das es sich lohnt aufzustehen, auch wenn die Mehrheit um einen herum das möglicherweise als falsch betrachtet. Da kommt bereits eine sehr schwierig zu beantwortende Frage ins Spiel: Wird dieser Wert zu einem «Unwert», wenn er nicht in Einklang mit der Mehrheitsmeinung steht oder vielleicht gar gegen gesetzliche Normen verstösst? Darauf habe ich keine Antwort, denn die Sache ist zu theoretisch. Man müsste dies alles mit konkreten Beispielen durchexerzieren und diskutieren.

Ein Wert sollte, glaube ich, nie Ausgangspunkt für Extremismus, Manipulation und Ungerechtigkeit sein. Solche «Werte» wären nichts anderes als «Sonderwerte», die dazu da sind, andere abwertend zu behandeln, um sich selbst mehr Rechte zu geben. Werte und Rechte. Wir nähern uns der Sache. Ein Wert hat vermutlich etwas damit zu tun, dass Rechte berücksichtigt, gewährt werden. Viele würden jetzt sagen, die demokratische Ordnung ist ein Wertegerüst, auf das wir pochen müssen. Mein persönlicher Glaube an dieses System hat in den letzten Jahren etliche Rückschläge erfahren, als Ansporn, «dieses System zu reformieren», haben mir diese Rückschläge nicht gedient – wenn ich ehrlich bin –, dazu fehlen mir die Energie und wohl auch ein tief verwurzelter Systemglaube.

Glaube, ein weiteres Stichwort auf der Suche nach den «wahren

* Ivo Zanoni, 1966 in Samedan (GR) geboren, studierte in Basel und Rom Klassische Archäologie (Dr. phil.). Autor und freier Journalist, Übersetzer, schreibt in deutscher und italienischer Sprache unter anderem für die *Tessiner Zeitung* und *Terra Ticinese*.

Werten». Die drei grossen monotheistischen Glaubensbekenntnisse liefern Verhaltensregeln, das sehe ich ein, und ich zweifle nicht daran. Aber sie liefern auch viel Zündstoff, mehr möchte ich zu diesem Thema gar nicht sagen. Bei meinem professionellen Werdegang standen Wissen – oder was ich dafür hielt – und kritisches Hinterfragen mehr im Vordergrund. Das ist vielleicht mein Glaube, wer weiss?

Respektvoller Umgang mit der Vergangenheit

Der Zufall hat es gewollt, dass ich in meiner Ausbildungszeit antike Ruinenstätten beziehungsweise die Pflege der materiellen Hinterlassenschaft von Kulturen, die vor der unsrigen existierten, zu schätzen lernte und ins Zentrum meines Interesses rückte. Ich hatte das Glück, mich einem so ausgefallenen Aspekt der Gesellschaft widmen zu dürfen. Ausgefallen? Ja und nein. Die Pflege der Vergangenheit und ein respektvoller Umgang mit ihr sind in meinen Augen Grundwerte. Dabei sollten solche Zeugnisse unabhängig vom Territorium, auf dem sie liegen (zum Beispiel im Libanon, in Syrien, in Israel oder in Afghanistan), nicht als nationale Symbole missbraucht werden. Aber genau dies geschieht häufig. Die Liste des sogenannten Weltkulturerbes der UNESCO will eigentlich das Gegenteil aufzeigen. Heute spricht man immer häufiger von «Mehrwert», den diese oder jene Aktivität oder Sichtweise schafft. Das ist mir verdächtig. Kann denn Wert gesteigert werden? Klar, wer den Markt und die Aktienkurse ins Zentrum seines Wertesystems gerückt hat, antwortet hier klar mit Ja! Ist die Akropolis mit ihren Tempeln und anderen antiken Gebäuden ein Mehrwert für Athen oder der Inbegriff von Athen und als solcher einfach ein kulturelles Erbe, dessen Wert unermesslich ist und nicht als Botschaft für Ansprüche, die aus der heutigen Zeit hervorgehen, verwendet beziehungsweise missbraucht werden kann? Wie auch immer man diese Frage beantworten will, die Akropolis thront auch heute noch über der Stadt Athen, und Massen an Touri-

stinnen und Touristen möchten sie besuchen. Sie ist ein Magnet für den Tourismus. In vielen Ländern sind solche Orte Attraktionen, die einen Geldfluss garantieren. Sie sind im Kern aber etwas anderes, ein über die Zeiten – per Zufall? – erhalten gebliebenes, sichtbares Stück Geschichte. So ähnlich wie ein Gletscher oder ein Wald. Es sind Dinge, die keinen Wert haben beziehungsweise nicht käuflich und gerade deswegen von höchstem Wert sind, da – wenn einmal zugrunde gerichtet – unersetzlich.

Bedeutung der Pflege von Kulturgütern

Solche Werte sind mir im Lauf meines Lebens ans Herz gewachsen. Vielleicht ist es ein Widerspruch, einerseits gehöre ich einer Generation an, die viele «alte Zöpfe» abschneiden wollte und es auch getan hat, andererseits halte ich die Pflege von Kulturgütern für etwas Zentrales, denn es lenkt den Blick in eine andere Richtung. Natürlich soll der Blick zum Vorwärtskommen nach vorn gerichtet sein, aber nicht nur. Dieses Hin und Her des Blickes halte ich für einen zentralen Wert, in dem so etwas wie ein Statement für Respekt, Toleranz, Reflexion, Abwägung steckt. Die abwechselnde Blickrichtung kann so vielleicht Verkrustung, Dogmen, Fanatismus, Einseitigkeit, Überheblichkeit verhindern. Es wäre schön, wenn es so wäre. Die Realität ist eine andere. Es wurden neulich auch Orte mit einzigartigen Ruinenstätten wie Baalbek (das antike Heliopolis) im Libanon mit seinen römischen Tempeln (von Jupiter, Bacchus und Venus; 2. Hälfte des 2. Jh. n. Chr.) bombardiert. Das ist ein Alarmzeichen. Auch an anderen Orten in der Welt wurden und werden Spuren der Geschichte mit Absicht verwischt. Hier taucht auch die Frage auf, was mit den Zeugnissen aus der Vergangenheit im Gaza-Streifen geschehen ist. Die Nachrichtenlage dazu ist dürftig. Unabhängige Informationen aus Gaza selbst liegen kaum vor. Die Nachrichtenbilder, die gezeigt werden, sprechen jedoch für sich. Man sieht meist Ruinenfelder. Dass nur militärische Ziele getroffen wurden, wie die israelische Armee behauptet, ist unwahrscheinlich.¹ Das

darf nicht sein. Solcherlei darf nicht straffrei und ungesühnt bleiben. Auch die Zerstörung der Natur mit allem, was dazu gehört, halte ich für eine verwerfliche und kriminelle Tat. Ein respektvoller Umgang mit der Natur, mit Pflanzen und Tieren, stellt für mich einen zentralen Wert dar.

Mit Fragen des Erhalts beziehungsweise der Zerstörung von Kulturgut zum Beispiel im Rahmen von kriegerischen Auseinandersetzungen sollten sich Archäologen, aber nicht nur sie, immer wieder kritisch auseinandersetzen und darauf hinweisen, dass Kulturgut geschützt werden muss.

Es ist einfach, solche «Bekenntnisse» auszusprechen. Tagein, tagaus sind wir mit vielen Fragen und Situationen konfrontiert, die einem häufig kaum Raum lassen, um über so grundlegende Fragen nachzudenken. Ich schliesse mit einer Frage: Wann hast du dich zum letzten Mal gefragt, von welchen Werten du dich «niemals» trennen würdest?

Tagein, tagaus wird uns auch das neue Jahr (2025) mit Wertvollem und auch mit weniger Wertvollem begleiten. Das bleibt ein fester ... Wert. ■

¹ Einen Überblick über die gefährdeten Kulturgüter kann man sich verschaffen mit z. B. folgenden Suchbegriffen: Cultural heritage in Gaza; UNESCO list of affected sites; destruction of cultural heritage during the Israeli intervention of the Gaza Strip. Bei der Anklage Israels vor dem IGH (Internationaler Gerichtshof in Den Haag) durch Südafrika lautet einer der Anklagepunkte Genozid des Kulturerbes. Im Jahr 2007 fand im Genfer Musée d'Art et d'Histoire eine Ausstellung statt (Gaza: à la croisée des civilisations), in der archäologische Objekte vornehmlich aus römischer Zeit aus Gaza gezeigt wurden. Diese blieben nach dem Ende der Ausstellung in Genf, wo sie sich auch heute noch befinden. Eine Ausstellung ebenfalls im Musée d'Art et d'Histoire in Genf, die noch bis zum 9. Februar 2025 läuft, widmet sich zum Teil mit Objekten aus diesem Fundus dem Thema: «Patrimoine en Péril». Dazu s. z. B. rts.ch/info/regions/geneve/2024/article/des-tresors-palestiniens-exposes-a-geneve-oder-mahmah.ch/expositions/patrimoine-en-peril.

«Liest du uns eine Geschichte vor?»

Die Freude am Lesen, Empathie und Menschlichkeit fördern

von Susanne Lienhard

Bei einer Zugfahrt sass mir gegenüber eine junge Mutter mit ihren beiden Kindern im Vorschulalter. Sie waren vertieft in die Betrachtung eines Kinderbuches.

Gemeinsam schauen sie die Bilder an: «Was geschieht auf diesem Bild? Warum weint wohl der kleine Bub, was denkt ihr? Wie würdet ihr an seiner Stelle reagieren? Wie könnte man ihm helfen und wie geht die Geschichte wohl weiter?», fragt die Mutter. Beide Kinder suchen eifrig nach Antworten und machen Vorschläge oder stellen weitere Fragen. Es entsteht ein lebendiges Hin und Her zwischen der Mutter und ihren beiden Kindern, die wissen wollen, wie die Geschichte im Buch weitergeht. Die Mutter liest ihnen vor und die Kinder hängen gespannt an ihren Lippen. Die Mutter geht feinfühlig und geduldig auf ihre Fragen ein und freut sich sichtlich über den Eifer und die Neugierde ihrer beiden Kinder.

Was für ein Unterschied zu anderen Szenen, die wohl jeder schon beobachtet hat: Mutter oder Vater am Handy. Die Kinder versuchen auf verschiedene Art deren Aufmerksamkeit zu erheischen. Erfolglos. Sie werden schliesslich mit einem i-Pad «ruhiggestellt», auf dessen Bildschirm irgendwelche Fantasiefiguren ihre Aufmerksamkeit in Bann ziehen. Was für ein trauriges Bild! Das lebendige Hin und Her zwischen der Mutter oder dem Vater und den Kindern findet hier nicht mehr statt. Diese Kinder sind auf sich zurückgeworfen und in eine Fantasiewelt verbannt. Sie treffen nicht auf die für ihre Entwicklung so dringend notwendige menschliche Resonanz.

«Vieles kann der Mensch entbehren, nur den Menschen nicht»¹

Kein noch so ausgeklügeltes elektronisches Gadget wird je die zwischenmenschliche Beziehung ersetzen können, denn Computer

und Roboter haben keinerlei Interesse am Menschen. Sie erledigen nur die Aufgaben, für die sie trainiert worden sind. Wir Menschen suchen hingegen von Geburt an den Kontakt mit unserer Umgebung und für den Säugling und das Kleinkind sind das primär die nächsten Bezugspersonen. Für sie ist es überlebensnotwendig, dass sie auf adäquate zwischenmenschliche Resonanz stossen. Der Neurowissenschaftler und Arzt Dr. Joachim Bauer belegt, dass soziale Beziehungen selbst die Aktivität der Gene beeinflusst: «Unsere Gene brauchen die Präsenz wohlwollender anderer Menschen. Allerneueste Forschung [...] zeigt, dass unsere Gene nicht nur dann positiv reagieren, wenn uns andere Menschen freundlich behandeln, sondern auch dann, wenn wir unsererseits anderen Gutes tun. So hat die Evolution uns Menschen «gemacht».»²

Gemeinsames Lesen verbindet

Die eingangs beschriebene Szene zwischen der Mutter und ihren zwei Kindern veranschaulicht diese soziale menschliche Natur ausgezeichnet. Sich gemeinsam in eine Geschichte zu vertiefen, verbindet und schafft Beziehung. Diesen Kindern wird es später in der Schule leichter fallen, lesen zu lernen, da sie das Lesen mit einer positiven emotionalen Erfahrung verbinden und zudem über einen grösseren Wortschatz verfügen als Kinder, denen nicht vorgelesen wurde. Sie haben erwiesenermassen einen besseren Start in der Schule. Die Freude am Lesen wirkt sich in allen Fächern positiv aus und weckt die Lust am Lernen. Gut lesen zu können ist keine Gabe, die einem in die Wiege gelegt, sondern durch den täglichen Umgang mit Büchern geschult wird.³

Neben den kognitiven Fähigkeiten können die Kinder auch Empathie und Verständnis für andere Menschen und deren Verhaltensweisen entwickeln, wenn die Geschichten Situationen aus dem

realen Leben altersgerecht aufgreifen. Miteinander in eine Geschichte einzutauchen, ist für Kinder und Erwachsene in jeder Hinsicht bereichernd. Auch in der Schule müsste dem gemeinsamen Lesen wieder mehr Raum und Zeit eingeräumt werden.

Kinderbücher zum Vorlesen

Im Folgenden seien einige Kinderbücher empfohlen, die sich zum Vorlesen im Vorschulalter besonders gut eignen. Liebevoll illustriert laden die lebensnahen Geschichten zum gemeinsamen Verweilen, Anschauen, Zuhören, und Nachdenken ein.

«Der kleine Igel rettet seine Freunde» von M. Christina Butler



ISBN 978-3-7655-6570-0

Der kleine Igel freut sich riesig, als er beim Aufwachen den Regen auf die Erde tropfen hört. Endlich kann er seine schönen, neuen Regenschirmchen anziehen und den roten Regenschirm mit den weissen Punkten ausprobieren! Doch als es unaufhörlich weiterregnet und auch noch ein heftiger Sturm aufkommt, beginnt für den kleinen Igel ein grosses Abenteuer. (Ab 3 Jahren)

«Einer für Alle – Alle für Einen» von Brigitte Weniger und Eve Tharlet

«Einer für Alle – Alle für Einen!» Zu diesem Schluss kommen einige Tiere, die zusammen ausziehen,

um die Welt zu entdecken. Schwächen einzelner werden aufgefangen durch die Stärken der anderen. Jeder wird von den anderen so angenommen, wie er ist, Akzeptanz und Toleranz sind das Fundament ihrer Freundschaft. Aber nicht nur das Annehmen der Freundschaft ist wichtig, sondern auch das Geben. (3 bis 5 Jahre, ISBN 978-3-86566-034-3)

«Na klar, Lotta kann Rad fahren» von Astrid Lindgren

Lotta ist fast fünf Jahre alt und wünscht sich zum Geburtstag nichts sehnlicher als ein Fahrrad. Sie hat nämlich nur ein altes Dreirad, und auf dem kann man schliesslich nicht richtig fahren! Doch als der Geburtstag da ist, bekommt Lotta zwar viele schöne Geschenke, aber ein Fahrrad ist nicht dabei. Also muss Lotta sich etwas einfallen lassen ... (Ab 4 Jahren, ISBN 978-3-7891-6136-0)

«Kasimir backt» von Lars Klitting

Kasimir ist ein kleiner Biber, der sich sehr auf seinen Geburtstag freut. Er hat ein altes Familienrezept von seiner Grossmutter und möchte einen Kuchen backen. Aber das ist gar nicht so einfach. Zum Glück hat Kasimir seinen Freund Frippe, der ihm hilft. Gemeinsam schaffen sie es, und Kasimir feiert mit seinen Überraschungsgästen einen tollen Geburtstag. Die Kinderbuchreihe «Kasimir und Frippe» vermittelt nützliches Alltagswissen. Die Kinder erfahren nicht nur, wie sie einen Kuchen backen, sondern auch wie sie einen Platten reparieren, weisse Bohnen pflanzen oder etwas nähen, tischlern und malen können. (Ab 4 Jahren, ISBN 978-3-7891-6772-0)

«Pauli, du schlimmer Pauli» von Brigitte Weninger und Eve Tharlet

Wer kennt sie nicht, die kleinen Schlingel? Die übermütigen, temperamentvollen, ideenstrotzenden, liebenswerten Energiebündel? Auch Kaninchen Pauli ist von dieser Sorte. Seine Geschwister haben ihre liebe Not mit ihm. Doch Pauli ist kein «böses» Kind. Nein – bloss eines, das durch seine impulsive Art immer wieder auffällt und aneckt. Aber Pauli muss auch lernen, dass es nicht genügt, nur

«Entschuldigung» zu sagen, wenn man etwas angestellt hat. (Ab 4 Jahren, ISBN 978-3-85195-377-0)

«Frieden» von Miranda und Baptiste Paul



ISBN 978-3-314-10565-4

Frieden beginnt mit ganz kleinen, alltäglichen Taten: Ein Hallo, ein Lächeln, eine Umarmung kann Frieden bringen. Sich anzuschauen und den Namen eines Freundes richtig aussprechen – so einfach kann es sein, Frieden zu finden. Frieden braucht Mut, aber gibt auch Geborgenheit. Dank Frieden kommen auch die Kleinsten zu Wort. Frieden beginnt im Kleinen, aber er kann Grosses bewirken. (4 bis 6 Jahre)

«Bené, schneller als das schnellste Huhn» von Eymard Toledo

Fussball ist für Bené das Grösste. Benés Familie lebt von den Bällen, sie nähen in Handarbeit jeden Tag vier oder fünf Stück davon. Es ist Benés Aufgabe, die Bälle zu testen – nur die guten werden verkauft. Die Geschichte spielt in Brasilien. Wie viele Kinder in den ärmeren Regionen des Landes geht Bené nicht zur Schule, weil er mithelfen muss, den Lebensunterhalt der Familie zu verdienen. Sein Traum von echten Fussballschuhen und einem Trikot wird sich vielleicht nie erfüllen ... (Ab 5 Jahren, ISBN 978-3-905804-51-5)

«Mutig, mutig» von Lorenz Pauli und Kathrin Schärer

Alles fängt an wie auf dem Spielplatz: Maus, Schnecke, Spatz und der Frosch sind am Teich zusammengekommen, und plötzlich ist die Idee für das Wettspiel da. Wer

ist der Mutigste von allen? Aber wenn die Maus – «mutig, mutig» – eine lange Strecke taucht, findet der Frosch das keine Leistung. Und wenn der Frosch Grünzeug frisst, ist das für die Schnecke nur köstlich, nicht mutig. So gibts lange Gesichter und Applaus, bis schliesslich der Spatz an der Reihe ist. Der ziert sich und dreht sich, und endlich sagt er: «Ich mache nicht mit.» Ist das mutig? (5 bis 7 Jahre, ISBN 978-3-7152-0518-2)

«Der Findefuchs» von Irina Korschunow



ISBN 978-3-423-76346-2

Wer kennt sie nicht, die Geschichte vom kleinen Fuchs, der einsam und verlassen im Gebüsch liegt und sich fürchtet? Seine Mutter ist tot. Da entdeckt ihn eine fremde Füchsin, die aber schon drei Kinder zu versorgen hat. Was soll sie nur tun? Allein kann das Füchlein doch nicht bleiben. Am Ende wird aus dem Findefuchs das vierte Kind der Füchsin – und sie hat all ihre Kinder gleich lieb. Neu gibt es dieses beliebte Kinderbuch in einer zweisprachigen deutsch-arabischen Ausgabe. (6 bis 9 Jahre)

Vielleicht findet sich ja das eine oder andere Buch unter dem Weihnachtsbaum – vorgelesen von Mutter, Vater, Grosseltern, Patenonkel oder Patentante ein wunderbares und unvergessliches Geschenk. ■

¹ Carl Ludwig Börne (1786 – 1837)

² Joachim Bauer: Realitätsverlust – Wie KI und virtuelle Welten von uns Besitz ergreifen und die Menschlichkeit bedrohen. München 2023.

³ Bettina Gartner: 11 Gründe, warum Lesen klug macht. In: Bild der Wissenschaft 7/2018.

«Dass ich einmal in einem so schönen Klassenzimmer sein darf, hätte ich nie im Leben gedacht»

Interview mit Alex Weigel, KidStar Academy, Nairobi



Alex Weigel (Bild zvz)

Wir haben bereits mehrfach über die KidStar Academy in Nairobi berichtet.¹ Alex Weigel ist Gründer und Leiter dieser Schule, die Kindern in einem der grössten Slums Afrikas Hoffnung auf eine bessere Zukunft gibt. Im folgenden Interview berichtet er über die Herausforderungen des letzten Jahres und gibt einen Ausblick auf anstehende Projekte im nächsten Jahr. Die drei eingefügten Geschichten von Schülerinnen der KidStar Academy² zeigen exemplarisch die Früchte des unermüdlichen Einsatzes von Alex Weigel und seinem Team.

Zeitgeschehen im Fokus 2024 war kein einfaches Jahr. Welche Bilanz ziehen Sie? Welche Herausforderungen hat die KidStar Academy allen Schwierigkeiten zum Trotz erfolgreich gemeistert?

Alex Weigel Danke für euer treues Begleiten und für das lebendige Interesse an unserer Arbeit in Nairobi, das berührt mich sehr und hilft uns, Nachhaltigkeit trotz harter Realität zu leben. Tatsächlich hat uns dieses Jahr ganz besonders herausgefordert, und wie durch ein Wunder sieht die Bilanz eindeutig positiv aus.

Vom Unfall, welcher gegen Ende 2023 auf einen Schlag drei unserer Klassenzimmer, die Bibliothek inklusive Computerraum und den Multimediaraum grösstenteils völlig zerstörten, haben wir uns langsam erholt. Dank der Unterstützung vieler «guter Herzen» konnte schnell mit dem Bau von drei ganz neuen, grossen und hellen Klassenzimmern begonnen werden, wobei die Fertigstellung sich verzögerte. Dank unserer

Hartnäckigkeit erhielten wir nach schier endlosem Katz-Maus-Spiel einen Beitrag von der Lastwagen-Versicherung, der die Innenausstattung unserer neuen Klassenzimmer für die 4., 5. und 6. Klassen finanzierte. Fazit: Bessere Räume für drei Klassen. Kinder und Lehrer waren beim Einzug gänzlich «aus dem Häuschen» vor Freude! Eine Schülerin stand ganz ungläubig mit riesigen Augen im neuen, Raum, schaute herum, staunte und sagte dann: «Dass ich einmal in einem so schönen Klassenzimmer sein darf, hätte ich nie im Leben gedacht.» Die Freude, die das auch mir gab, teile ich gerne mit euch!

Natürlich forderten auch die gewaltigen Überschwemmungen im April/Mai nicht nur unsere Bauarbeiten und die Familien im Slum sehr heraus, auch der Schulbetrieb in ganz Kenia wurde durch landesweite wochenlange staatliche Schulschliessungen wegen der Gefahrensituation gestört. Da auch die meisten Eltern nicht mehr zur Arbeit gehen konnten, schaltete KidStar Academy sofort wieder in

den von Corona her gut eingeübten Krisen-Modus: Wir begannen Lebensmittel und Hausaufgaben auszugeben. Die akademischen Lücken konnten so möglichst klein gehalten werden und wurden schliesslich in den Ferien-Programmen ausgemerzt. Unsere Schülerinnen und Schüler schlossen auch dieses Schuljahr sehr gut ab. Fazit: «Nid lugg lah gwünnt!»

Letztlich machten uns auch die von Gewalt geprägten politischen Unruhen in Nairobi etwas zu schaffen, da auch sie uns einige Male den Schulunterricht auf Halbtage verkürzten, teils ganz verunmöglichten und die Kinder verunsicherten. Da ist es wichtig, dass wir gut vernetzt sind, Gefahren richtig einschätzen, um so die Kinder und ihre Familien optimal schützen zu können. Denn wenn – wie in vielen anderen Schulen – die Kinder einfach frühzeitig tageweise nicht in die Schule konnten, bestand die Gefahr, dass sie auf der Strasse waren, in die Demonstrationen hinein gezogen und verletzt wurden. Das konnten wir gänzlich verhindern.

Ausgezeichnete Noten der Abschlussklasse

Ihre schnelle Unterstützung nach dem Unfall hat die Kinder und Lehrer beflügelt. Danke! Die Abschlussprüfungen waren aufregend, verliefen aber wirklich gut.

Als das Bildungsministerium endlich die landesweiten Resultate der Abschlussprüfungen bekannt gab, stand fest: Die Kinder der KidStar Academy sind besser. Wir haben gespannt gewartet, denn das Resultat entscheidet mit, welche weiterführenden Schulen die Kinder besuchen können. Unsere Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse haben bestens abgeschlossen, und dies trotz ihres bildungsfernen Hintergrunds. Sie lagen über dem Landesdurchschnitt und über demjenigen der Hauptstadt Nairobi. Prüfungen nach dem neuen Lehrplan fanden erst zum zweiten Mal statt. Unsere Lehrkräfte hatten die letzten Jahre mit vollem Engagement auf diesen Lehrplan hingearbeitet. Auch Brigit Nwamboka war sehr gespannt, wie sie abschliessen würde. Ihr Vater ist seit Jahren schwer krank. Ihre Mutter arbeitet als Haushaltshilfe und saisonal auch in Hotelbetrieben, damit sie ihren drei Mädchen eine



Brigit Nwamboka kann dank gezielter Förderung eine gute weiterführende Schule besuchen. (Bild zvz)

Schulbildung ermöglichen kann. Die jüngste Tochter Brigit kam zu uns als scheues, aber freundliches Mädchen. Sie hat sehr oft in der Schule gefehlt, weil sie Angst vor der Schule hatte. Über zwei Jahre hinweg bemühten sich unsere Lehrerinnen und Lehrer, sie zu fördern. Es gelang ihnen, bei ihr Freude am Lernen zu wecken und sie fit für die Prüfung zu machen. Auch zu Hause trafen wir sie immer beim Lernen an. Der Einsatz hat sich gelohnt. Brigit schloss prima ab und ist erfolgreich in eine gute Junior-School nahe dem neuen Arbeitsort ihrer Mutter eingetreten. Wir freuen uns auch, dass die Mutter endlich einen unbefristeten Vertrag bei einem Hotel erhielt.

Was steht im nächsten Jahr an? Was müssen oder möchten Sie und Ihr Team realisieren?

In Kenia muss man immer auf der Hut sein und in Extremsituationen schnell agieren können. Das schafft eine «Allzeit-bereit-Mentalität», die es bei allen Mitarbeitenden aufrechtzuerhalten gilt. Ihre Fortbildungen – sowohl akademische als auch praktische wie zum Beispiel in «Erster Hilfe» – tun allen gut, um wirklich bereit zu sein, auch unerwartete Herausforderungen zu meistern.

Die Schülerinnen und Schüler sollen auf allen Altersstufen befähigt werden, ihre Arbeiten und Projekte der Klasse gut und frei präsentieren zu können. Wir haben vor, neue Lehrmittel, die das «Verstehen» auf viel praktischere Weise fördern, einzusetzen. Auch musikalisch möchten wir neue Akzente setzen und so noch mehr Talente fördern. Das verlangt zwar viel Flexibilität und Einsatz seitens der Lehrerschaft, macht aber deren Arbeit auch interessanter und bringt bessere Resultate.

Unsere drei neuen Klassenzimmer können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Umgebungsarbeiten, Zugangswege, Toiletten und Wasserspeicher noch nicht realisiert sind, was vor allem in den Regenzeiten wirklich problema-

tisch wird und für Menschen mit Behinderungen Barrieren darstellt, die es zu beseitigen gilt. Auch sind unsere drei Kindergarten-Klassen immer noch in kleinen Wellblech-Provisorien untergebracht, was für gutes Lernen nicht optimal ist. Stichworte: extreme Temperaturen, Lärm, zu wenig Licht und Platz. Gerade unsere kleinen Vorschulkinder brauchen gute Klassenzimmer.

Was denken Sie: Schaffen wir das alles? Alleine sicher nicht, aber möglichst viel zu realisieren, gehört zu unseren geplanten und erhofften, hoch gesteckten Zielen, damit unsere Kinder besser lernen und erfolgreiche Erwachsene werden. Ihre Hilfe ist mehr als willkommen!

Man gewinnt den Eindruck, dass für Sie keine Herausforderung zu gross ist, um nicht angepackt zu werden. Was gibt Ihnen diese unerschütterliche Zuversicht?

Natürlich die hoffnungsvollen Augen der vielen Kinder, die zu uns kommen, weil sie Hunger haben, Geborgenheit brauchen und möglichst viel lernen wollen für eine bessere Zukunft. Ehrlich gesagt, da habe ich gar keine andere Wahl, als Lösungen zu finden. Meine Zuversicht gründet in Gottvertrauen und in der Tatsache, dass gute Herzen uns die letzten 15 Jahre nie im Stich gelassen haben,

Danke für Ihre Unterstützung

Good Hearts Organisation
(Schweizer Trägerverein)
c/o Susanne Hess
Obere Geerenstrasse 19
CH-8044 Gockhausen

goodhearts.ch/spendenformular/
goodhearts.ch/kontakt/

Bankverbindung

IBAN: CH72 8080 8002 2333 1846 6
SWIFT-BIC: RAIFCH22
Clearing Nr. (BCN): 80808

uns immer wieder weiter tragen, gerade auch in schweren Zeiten Treue beweisen. Das ist unaussprechlich schön.

Welche Bedeutung hat der Schweizer Trägerverein Good Hearts Organisation für die KidStar Academy?

Eine ganz existentielle. Ohne den unermüdlichen Einsatz unseres Vorstandes, der Mitglieder und der aktiven Spenderinnen und Spender könnten wir auch vor Ort nichts tun.

Alex Weigel, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Susanne Lienhard

¹ Zeitgeschehen im Fokus Nr. 22, 22.12.2022 / Nr. 15, 16.10.2023 / Nr. 16, 20.09.2024

² Good Hearts Organisation, Newsletter November 2024

Vanessas Erfolgsgeschichte: Ein Beispiel für Entschlossenheit und die Kraft der Unterstützung

Viele unserer ehemaligen Schülerinnen und Schüler besuchen uns immer wieder. Kürzlich ist auch Vanessa zu Besuch gekommen. Was sie uns erzählt hat, erfüllt uns mit Freude und macht uns stolz.

Vanessa ging auf die KidStar Academy und bekam bei uns eine gute Ausbildung. Doch es sah so aus, als könnte sie nicht auf die weiterführende Schule gehen. Ihre Familie hatte nicht genug Geld dafür, weil sie viel für die Behandlung von Vanessas nierenkrankem Bruder ausgeben musste.

Vanessa liess sich nicht entmutigen. Sie bat uns, ihr zu helfen. Dank der regelmässigen Unterstützung von Spendern aus der Schweiz fand sie einen Weg, wieder zur Schule zu gehen. Als Schülerin der High School beeindruckt sie weiterhin mit herausragenden schulischen Leistungen. Sie ist nicht nur die Beste der Klasse, sondern belegt auch den zweiten Platz ihres Jahrgangs.

Vanessas Geschichte ist eine Inspiration für uns alle. Sie verdeutlicht, dass En-



Zu Besuch beim Ferienprogramm 2024: Vanessa Atema berichtet mit Dankbarkeit von ihren Erfolgen. (Bild zvg)

gagement und Entschlossenheit selbst unter den schwierigsten Umständen zum Erfolg führen können. Wir sind stolz darauf, sie auf ihrem Weg zu begleiten. Wir sind zuversichtlich, dass Vanessa noch viele weitere Erfolge erzielen wird.

Good Hearts setzt sich für derzeit 17 Schülerinnen und Schüler ein, die aufgrund fehlender Mittel keine weiterführende Schule besuchen könnten. Ihre Unterstützung macht das möglich.

Eine Viertklässlerin mit Herz und Verantwortung

Das ist Favour Reconcilor, eine zielstrebige und verantwortungsbewusste Viertklässlerin. Die Mutter muss jeden Tag 12 bis 14 Stunden arbeiten, um die Familie durchzubringen. Favour kümmert sich deshalb vor und nach der Schule liebevoll um ihre zwei jüngeren Geschwister. Ihre Mutter kommt erst spät abends mit Essen nach Hause. Auf unserer Schule ist Favour bekannt für ihre guten Noten, ihre Ehrlichkeit und ihre herzliche Dankbarkeit. Sie ist immer guter Laune und gibt niemals auf. Ihr Lächeln scheint ihr angeboren.



Favour ist unendlich dankbar, dass sie in die Schule gehen darf. (Bild zvg)